

Dr. Heiseberg  
Verleger  
Sprengelstr. 10  
Telephon 3141

# Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verleger  
Sprengelstr. 10  
Telephon 3141

Verleger  
Sprengelstr. 10  
Telephon 3141

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Verleger  
Sprengelstr. 10  
Telephon 3141

Nr. 268.

Donnerstag, den 14. November 1908.

19. Jahrgang.

## Kaiser oder Präsident?

Der deutsche Reichstag hat in den Kaiserdebatten der letzten Tage alle Erwartungen, auch die bescheidensten, in so gründlicher Weise enttäuscht, daß für uns gar keine Veranlassung mehr besteht, mit unserer sozialdemokratischen Propaganda über die beste und würdigste Staatsform für ein mündiges Volk hinterm Berge zu halten. Hat unsere Fraktion in Rede und Abstimmung sich bemüht, die einheitliche Phalanx des entrüsteten Volkes gegenüber seinem Kaiser nicht zu unterbrechen und in der Erwartung praktischer Resultate die Forderung einer republikanischen Regierung zurückgestellt, so können wir unter Hinweis auf das überbliebene Benehmen der bürgerlichen Parteien jetzt mit um so größerem Erfolge diese Forderung propagieren. Nicht einmal die gesetzlich garantierten, die Singer und Helne mit aller Entschiedenheit verlangten, wagte die bürgerliche Sottentotmehrheit von 1907 zu erzwingen, und vor dem Gedanken einer persönlichen Rücksprache mit ihrem geliebten Kaiser schreckten die starken Männer angsterfüllt zurück. Umsoweniger hat die einzige Volkspartei Deutschlands davor zurückzusichern, offen zu bekennen, daß sie die Institution der Monarchie unnützlich hält für das Gedeihen von Volk und Vaterland, und daß ein Kaiser, der auf haarscharfem, militärischem, marinistischem, wissenschaftlichem, künstlerischem und religiösem Gebiet auf unantastbare Autorität Anspruch macht, mit den Ansichten eines reifen Volkes unvereinbar ist.

Wenn noch ein Beweis gefehlt hätte dafür, daß die gegenwärtigen Zustände total unhaltbar sind, dann ist es das Benehmen Wilhelms während der letzten Tage, die Bülow, zu den Sozialdemokraten gewendet, als ungeheurer Irrtum bezeichnet hat, selbst. Für ihn stand doch in diesen Tagen etwas auf dem Spiel. Viel mehr als zu irgendwelcher anderen Zeit seiner zwanzigjährigen Regierung. Wie nahm er nun das auf? Welche Bedeutung legt er der Reichstagsdebatte bei? Das läßt sich einigermaßen abschätzen, wenn man erfährt, wie er diese für ihn und seine Familie recht schicksalsschweren Tage verbringt.

Beim Ausbruch der Krise war er in Bernierode, um der Einführung einer Nebstiftung, der Leiterin eines Frauenklosters, beizuwohnen. Nach seiner Rückkehr nach Berlin hat Bülow um seine Verabschiedung. Er lehnte sie ab und fuhr nach Oesterreich, und zwar nach Schloß Eckartsau zum österreichischen Thronfolger, um dort eine große Anzahl Girsche abzuschneiden, die an seinem Stande vorbegetrieben wurden. Vor, während und nach der Jagd war er — wir folgen den Angaben der Loyalen und hierin stets gut unterrichteten Scherzpresse — stets in bester Stimmung. An den Abenden ließ er sich von einer Kapelle betacheln lustige Weisen vorspielen.

Nach einem kurzen Aufenthalt in Wien erfolgte die Reise nach Donauwörth zum Fürsten von Fürstberg, der den Feuerwehmann geohrfeigt hat, leider ohne daß er eine Wiederholung. Als der Hofzug in den Bahnhof Donauwörth einfuhr — Sonntag Mittag 2 Uhr —, kreuzte der älteste Sohn Wilhelm II. als Passagier Zeppelin im leuchtenden Ballon „Zeppelin I“ über dem Städtchen Donauwörth. Vater und Sohn tauschten fröhliche Grüße miteinander. Der Vater war äußerst erfreut, den „Erben des Reiches“ hoch über sich in der Luft zu erblicken.

Am Sonntag lud Wilhelm II. Zeppelin und den Professor Bergemann zum Frühstück ein. Dann lag er der Jagd ob.

Um den Jagdtag recht heiter zu gestalten, ließ Erzherzog Franz Ferdinand die Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 19 mit ihrem bekannten Kapellmeister Wetachel nach Eckartsau kommen. Die Kapelle konzertierte beim Diner, das um 7 Uhr stattfand, und blieb bei der darauffolgenden Strecke Jägerweissen und Hausaren. Die Strecke war während des Diners im Schloßhof vom Jagdpersonnel in hergebrachter Weise hergerichtet worden, indem das erbeutete Wild auf Unterlagen von Tannenbruch gebohrt wurde. Jagdgeschichten beleuchteten mit Fadeln die Strecke, die um 9 Uhr beschliffen wurde. Kaiser Wilhelm hatte bis Mittag 2 1/2 Girsche erlegt, die in Rubeln bis zu 100 Stück auf den Schießstand des Kaisers zuliefen. Am Nachmittag erlegte der Kaiser 12 Girsche. Der Erzherzog leitete die Jagd zu Pferde. Der Kaiser schob mit dem deutschen Krimeegewehr. Beim Diner sprach der Kaiser wiederholt seine Verwunderung über den Wildreichtum des Eckartsauer Jagdreviers aus. Der Erzherzog bezeugte seine Freude über die gute Laune Kaiser Wilhelms, da ihm selbst einig unerwartete Zufälligkeiten den Genuß des seltenen Besuches beeinträchtigt. Das Militär-Laster-Automobil, welches das Gepäck Kaiser Wilhelms nach Eckartsau bringen sollte, blieb auf dem halben Wege stehen, und der Kaiser, der stets sehr genau auf tadellosen Anzug steht, wie man am Wiener Hofe wohl weiß, mußte beim Diner im Jagdanzug, in dem er gereist war, erscheinen. Bald nach dem Diner, während der Jagd gehalten wurde und die Konversation im vollen Gange war, verlagte das elektrische Licht, und es mußten Kerzen angezündet werden. Drei Viertelstunden dauerte es, bis die elektrische Beleuchtung

wieder funktionierte, aber Kaiser Wilhelm ertrug den Zwischenfall mit Besiehungsmut.

Wie der Berliner „Zeitung am Mittag“ ein Privattelegramm aus Donauwörth meldet, haben auf der zu Ehren des Kaisers vom Fürsten von Fürstberg veranstalteten Soiree die Mitglieder des Berliner Kabarettts Chat noir (Schwarze Kasse), der Komiker Theodor Franke und der Baritonist Moreau, von ihrem Direktor Rudolf Nelsen am Flügel begleitet, eine Anzahl Nummern ihres Repertoires zum Vortrag gebracht. Die illustre Gesellschaft zeigte sich von den 1/2 Stunden währenden Vorträgen aufs höchste beaufregt und zollte den Künstlern reiche Anerkennung.

Das Volk von Donauwörth aber stand dabei und schrie Hurra, wie man allerorts Hurra schreit, wenn ein großer Herr so gnädig ist, sich dem Volke zu zeigen. Und der Reichstag, der Neustragte der politisch Denkenden im Lande — er verachtet Bülow, weil dieser auf Besserung hofft — und hofft schließlich mit.

Er schickt seine Präsidenten in Kilrasser- und sonstiger Uniform zum Kaiser, damit der höchste Repräsentant der Volksvertretung stramm, die Hände an der Hofenmaht, vor ihm sich aufstellen kann, und wenn demnächst ein General zum Kanzler ernannt wird, der mit militärischem „zu Befehl“ jeden Wunsch des Monarchen als Pflichtgebot auffaßt, dann hängt sich der Reichstag einen Maulkorb um und schweigt.

Solche Tage sind die geeignetsten, um die Ueberlebensfähigkeit des Gottesgnadentums zu besprechen und die republikanischen Anschauungen zu propagieren.

## Wilhelm II. soll Bülow wegsagen.

Jüri Bülow, der am Mittwoch, dem zweiten Tage der Kaiserdebatte, seinen Herrn allen Angriffen skrupellos preisgab, hat noch am Abend desselben Tages eine Beratung mit seinen Ministerkollegen gehalten, deren Ergebnis bisher ebenso geheim gehalten wird, wie der Verlauf der Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, die am Donnerstag stattfand. Das Schwergewicht der Entscheidung ruht aber nicht bei diesen Ministerberatungen, sondern bei der nächsten Unterredung Bülows mit Wilhelm II., der sich einige Schwierigkeiten entgegenstellen scheinen. Es scheint, als ob der Kaiser, der sich augenblicklich für Jagd und Luftschiffahrt interessiert, gar keine Lust hätte, mit dem bisher noch im Amte befindlichen Reichskanzler politische Unterhaltungen zu führen. Auf sein Gesuch um eine Audienz beim Kaiser konnte er „keine ausreichende Antwort“ erhalten. Man nimmt an, daß der Kaiser, sobald er dazu Zeit findet, Bülow sagen lassen wird, daß er auf seine Dienste weiter kein Gewicht lege. Unter den möglichen Nachfolgern werden jetzt auch v. Bethmann-Hollweg und v. Rheinbaben genannt.

Hätte der Reichstag den Reichskanzler zum Abtreten gezwungen, so hätte er damit gezeigt, daß in Zukunft kein Mann in Deutschland regieren wird, den die deutsche Volksvertretung nicht will. Wenn jetzt Wilhelm II. den Bülow davon sagt, so zeigt er damit, daß das Deutsche Reich keinen Kaiser haben soll, den der Kaiser nicht will, und wenn der Reichstag zehnmal den Wunsch hätte diesen Mann im Amte zu halten.

Wenn Wilhelm II. den Bülow davon jagt, so handelt er konsequenter als der deutsche Reichstag. Der Reichstag hätte Bülow mißtrauen müssen, weil er der Vertrauensmann der Krone ist. In dem Augenblick, in dem Wilhelm II. inmitten der Dinge, die ihn sonst beschäftigen, den Gedanken faßt, daß Bülow der Vertrauensmann der Reichstagsmehrheit ist, wird er ihm sofort sein Mißtrauen ausdrücken und ihn auffordern seine Demission zu geben.

Auf den Kaiser, den sie dann bekommen, kann sich die feige Reichstagsmehrheit jetzt schon freuen. Aber jedes Parlament hat die Regierung, die es sich selber verdient!

## Neue Enthüllungen über Wilhelm II.

In Holland macht eine Enthüllung der Zeitung „Vaderland“ ungeheures Aufsehen. Im „Vaderland“ erzählt ein früherer Diplomat: Am Vorabend des Burenkrieges habe die Königin Wilhelmine einen Brief an Wilhelm II. geschrieben, in dem sie ihn bat, zu Gunsten der Buren zu intervenieren. Ihr Wunsch blieb unerfüllt. Den verfassungswidrigen Briefwechsel legte aber der Deutsche Kaiser während des russisch-japanischen Krieges fort, indem er in einem persönlichen Schreiben an die Königin Wilhelmine drohte, Deutschland werde die niederländischen Häfen okkupieren, falls die Niederlande nicht sofort Verteidigungsmahregeln zum Schutze gegen England trafen. Daraufhin ließ der Ministerpräsident Ruypert ohne Wissen und Befragung des Parlaments einige Hafensperren verordnen. Die letzte Reise des Kaisers nach Amsterdam, während deren er der Königin Wilhelmine als besonderes Geschenk das Nordseebad ambot, ist eine Kundgebung des Dankes für die Erfüllung seiner Wünsche zu betrachten.

Der Kaiser, der jeden Engländer, welcher an seine Freundschaft nicht glaubt, für verrückt hält, hätte nach dieser Darstellung aus Feindschaft und Mißtrauen gegen England unter Vorwänden mit Gewalt in die innere Angelegenheiten der Niederlande eingegriffen. Die Behauptungen des „Vaderland“ sind möglicherweise falsch;

wären sie richtig, so müßte der Reichstag die Debatten der letzten Tage sofort wieder aufnehmen, um energische Maßregeln zu erlassen, die bisher noch garnicht diskutiert worden sind.

## Preßstimmen zur Kaiserdebatte.

Der „Vorwärts“ schreibt zum ersten Verhandlungstage: „Die Burenkrise, die ihm sonst für seine leiblichen Verteidigungsmomente des persönlichen Regiments zuteil geworden wären, entwarfene Jüri Bülow im voraus. Nützlich durch eine bei erster Gelegenheit fast lebentlich vorgebrachte Bitte um Schonung angesichts des tiefen Ernstes der Situation. Einem Kranken Manne mußte die Entlastung erspart bleiben, für die er in gesunden Tagen reichlich die Schuld angehäuft hatte. Und was will dieser „Staatsmann“ von Kaisers Gnaden tun, um schlimmeren Dingen vorzubeugen? Er hofft, daß Kaiser Wilhelm II. aus den Erbitterungen in Deutschland die Lehren ziehen werde, daß er sich künftig werde Zurückhaltung auferlegen müssen. Er hofft noch in den Tagen der Girschjagden von Eckartsau und der Kabarettvergnügen von Fürstberg! Der Reichstag brauchte bloß die Waffe zu ergreifen, die einzige, die seine beschränkten Machtbefugnisse ihm bereit halten. Er brauchte nur zu erklären: Nicht eher verlassen wir uns mit anderen Geschäften, nicht eher lassen wir uns auf die Erörterung des Budgets, nicht eher auf die der Finanzreform ein, als bis gesetzliche Verfügungen getroffen sind für die völlige Ausschaltung des persönlichen Regiments, für die Durchführung des wirklichen Parlamentarismus an die Stelle des fälschlich so genannten Systems, das in Deutschland der Bureokratie und dem persönlichen Regiment die Möglichkeit gibt, den Staatstarren immer tiefer in den Sumpf zu lenken. Die Sozialdemokratie hat dem Reichstag die Wege gewiesen. Und die bürgerlichen Parteien, die Mehrheit des Reichstags? Was könnte sie tun? — Alles! Was hat sie getan? — Nichts!“

## Die „Germania“ fragt:

„Hat Jüri Bülow im Laufe der Jahre nicht schon die selbe oder eine ähnliche Erklärung abgegeben, und hat diese genügt? Ist nicht Jüri Bülow selbst schuld daran, daß der Kaiser sich um diese Erklärungen nicht gekümmert hat, ohne daß Jüri Bülow deshalb jemals ein Demissionsgesuch eingereicht hätte? Wie hoch soll man unter diesen Umständen seine jetzige Erklärung einschätzen?“

## „Berliner Volkszeitung“:

„Die Szene vor dem Tribunal, nicht ein Wort der Entschuldigung, der Verteidigung der kaiserlichen Handlungen wurde laut. Der Reichstag hat sich getreu eintütig gegen die Politik des Kaisers erklärt.“

## „Berliner Tageblatt“:

„Auch wer von der geistigen Reichstagsstimmung nicht viel erwartete, muß selber gestehen, daß sie noch die schlimmsten Befürchtungen übertrifft hat. In keiner Weise ist eine Milderung eingetreten, nicht die mindeste Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse besteht. In diesem unerwarteten Reizitat und die Redner der Opposition ebenso sehr schuld, wie die Haltung des Reichskanzlers. Eine bestimmte Antwort muß gefordert, und wenn diese ausbleibt, eine bestimmte Erklärung gegeben werden.“

## „Deutsche Tageszeitung“:

„Einen Tag wie den heutigen möchte das Deutsche Reich und der deutsche Reichstag nicht wieder erleben. Die Stellung der Krone, die Verfassung kann auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden, wenn die versprochene und verbürgte Zurückhaltung nicht befestigt wird.“

## „Tägliche Rundschau“:

„Dürfen wir hoffen, daß es besser wird? Wir müssen es und wir wollen es tun auf die Verklärung des Kanzlers hin, der freilich heute schon in nicht mahnender Weise von seinem Nachfolger sprach. Dann aber wollen wir einen Strich unter das Geschehene machen und alle neu auftauchenden Interbellum und Gespräche ignorieren, weil solche vom 10. November ab nicht mehr nötig sind.“

## „Nationalzeitung“:

„Der Ruf: „Fest mit dem Reichskanzler“ wird wohl, hoffen wir, fürs erste verstummen. Jüri Bülow wird gehen, wenn er den Zeitpunkt für gekommen erachtet und vom Kaiser wünschen wir, daß er seinem Kanzler treu bleibt und daß der Kaiser sich gelobt, nie wieder durch Worte, die mißverstanden werden können, Gelegenheit zu bieten, daß das deutsche Volk von einer Privatpolitik reden kann.“

## Zu viel gehört.

In einer Vorstandssitzung des Vereins der freisinnigen Volkspartei in Dresden wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Verein ersucht die Fraktion mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß bei der Erörterung über das sog. Kaiserinterview die Notwendigkeit einer Abänderung des ganzen Regierungssystems und der Schaffung einer wirklichen Ministerverantwortlichkeit zur Sicherung gegen das persönliche Regime unter den gegenwärtigen Umständen mit der unbedingt nötigen Schärfe zum Ausdruck gebracht werde. Der Verein erklärt ausdrücklich, daß die Bewilligung irgend welcher Mittel an das gegenwärtige Regime mit den freisinnigen Grundätzen unvereinbar erscheint und geeignet wäre, die Partei im Volke erblich zu schädigen.“

Man achte auf die parlamentarischen Taten des Freisinn und vergleiche sie mit diesen Ansichten aus dem Volke.

## Politische Meherheit.

Der Reichstag hielt am Donnerstag über Gesetzesverletzungen Bericht ab. Im ersten Teil der Sitzung war die Kolonialverwaltung, im zweiten Teil die Grubenaristokratie in die Anklagebank gestellt. Bei den kolonialen Rechnungssachen wurde vom Abg. Erzberger eine fürchterliche, ins Kriminelle reichende Schlamperrei enthüllt. Unser Fraktions-





**Stadt-Theater.**

Freitag, 7<sup>u</sup> Uhr:  
„Waldkeins Beger“  
„Die Piccolomini“  
Sonnabend, 7<sup>u</sup> Uhr:  
„Garmen“  
Sonntag, nachmittags 3<sup>u</sup> Uhr:  
Der Kaufmann von Venedig  
Abends 7<sup>u</sup> Uhr:  
„Don Juan“.

**Lobe-Theater.**

Freitag, 7<sup>u</sup> Uhr:  
„Die Dollarprinzessin“  
Sonnabend, 7<sup>u</sup> Uhr:  
„Die Dollarprinzessin“  
Sonntag, nachmittags 3<sup>u</sup> Uhr:  
„Die lastige Witwe“  
Abends 7<sup>u</sup> Uhr:  
„Die blaue Hand“.

**Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.**

Sonnabend  
Gruppe D. 8. Vorstellung:  
„Deimat“.

**Thalia-Theater.**

Sonnabend, 7<sup>u</sup> Uhr:  
„Der fidele Bauer“  
Mittwoch, Sonnabend von 10-2 Uhr  
im Thalia-Theater.

**Schauspielhaus**

Freitag, 8 Uhr:  
„Der Fürst von Maroffo“  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
„Die Nidermaus“  
Sonntag, nachmittags 3<sup>u</sup> Uhr:  
„Der Fürst von Maroffo“  
Sonntag, 8 Uhr, um 1. Male:  
„Cyprienne“.

**Liebig's Etablissement.**

**Mizi Gizi,**  
La belle Alexia  
z. des phänomenale Wenden-  
Programms.  
Abends 7<sup>u</sup> Uhr.

**Victoria-Theater**

Neues Programm!  
Capitain Rodolfs  
**Wunder-Elefanten**  
und die übrigen Attraktionen.  
Anfang 7<sup>u</sup> Uhr,  
Haus wochentags 20 Pf.

**Zeltgarten.**

Dr. H. Krainik.  
**Bomben**  
Erfolg erzielte Treppentanz  
**Budapester**  
sowie die geistlichen  
Spezialitäten.

**Palmengarten.**

Dr. H. Krainik.  
**Oktober-Fest**  
in München.  
**2 Kapellen.**  
Entree frei!

**Gartenstrasse No. 63,**

Ecke Schweidnitzerstr.  
ver dem Palmengarten.

**Anatomie de Paris.**

Ausstellung  
der hochinteressanten, wissenschaft-  
lichen Präparate aus Paris.  
Eintritt nur für Herren.  
Jeden Freitag  
**Damen-Tag.**  
Eintritt nur Vorhalle frei,  
ca. 1000 Präparate.  
Schönheitliche Vorzüge  
an der prächtigsten Kunst.  
Eintritt von Sonn. 9<sup>u</sup> Uhr bis  
Abends 10<sup>u</sup> Uhr. 5482  
Entree 20 Pfennig.

**Fleischermeister Baroke,**

Schmiedestr. 10. Tel. 5482  
am Parkstein Platz.

**Möbel, Spiegel**

und Polsterwaren  
— Zur Aufklärung! —  
nordamerikan. Eleganz. Genre.  
Küchenröhrung und Umpolsterung  
von Sofas und Garnituren  
wird in eigener Werkstatt  
und zu sehr niedrigen Preisen  
angeboten.

G. Roth, Neujaerstraße 2.

8 Pf. Reformblätter 6 Pf.

**Knaben-Anzüge**

und Paletots, sowie Arbeitskleidung  
und warme Unterkleidung empfiehlt  
billigst Martha Scholz, Friedrich-  
Wilhelmstrasse 64. 5295

**Möbel! Möbel!**

Jeder Art, eventl. Zeitlohnung, bei 14784  
gerichtet, reich.  
**H. Gerstel,** Sackweiserstr.  
Messergasse 20, Oberk.

Haus- u. Küchengeräte, Lampen,  
eiserner Ofen u. Ofenröhre  
zu billigsten Preisen.

**Paul Hauschild Jr.** 5460  
Friedrich-Wilhelmstrasse 102.

**Gummlwaren**

Sanftliche Erweise von  
Spülspritzen und Irrigatorien.  
Bestandteile von  
Ede Veterobutger  
**Gummischuhen.**  
**A. Kindler,**  
Breslau, Junkerstrasse Nr. 35.



**Gold. Trauringe**

finestlos, gesetzlich ge-  
stempelt, das Paar von  
Mk. 8.— bis Mk. 60.—  
**Ed. Kühnel**  
Renschestrasse 13.  
Leser dieser Zeitung  
erhalten 5% Rabatt.

**Möbel**

Spiegel  
Polsterwaren  
Herrengarderobe  
in  
Zeitlohnung  
bei geringster  
Anzahlung  
mit oder ohne  
Zahlung  
zur Zeit

**M. Eisinger,**

Friedrich-Wilhelmstr. 2, I.  
Ecke Friedrich-Wilhelmstrasse.

**Für Zigarrenmacher!**

Alle Rehtabake  
zur Zigarrenherstellung em-  
pfehlen in größter Auswahl  
und zu billigsten Preisen  
**Carl Rother & Rode**  
Breslau I, Hammerstr. 26.



Versuch  
macht  
klug  
10 Pf.

**Zur Aufklärung!**

H. Schweitzer's Saucer-Würfel sind nicht,  
wie vielfach irrtümlich angenommen wird,  
als Zusatz oder Verbesserung für feine Saucer,  
sondern zur ursprünglichen Herstellung der-  
selben ohne irgend welche weitere Zusatz-  
stoffe, bestehend aus reinem, feinstem  
Gips, bestehend aus reinem, feinstem  
Gips, bestehend aus reinem, feinstem  
Gips.

**A. Hentschel**

**Deutscher Kronprinz** **Kurgasse 50/52**  
**16. Stiftungsfest**

von **Breslauer Tenorverein.** **Wall**  
von 6 Kollegen anlässlich ihrer 25-jährigen Tätigkeit als Tenorverein  
Anfang 8 Uhr. — Präsenz-Polka, humorist. Vorträge. — Anfang 8 Uhr. 5483  
Freunde und Gönner laden ergebenst ein  
Der Vorstand und der Fest-Ausschuss.

**Achtung! Achtung!**

**Breslauer Gewerkschaftshaus**  
Margaretenstraße 17.

Sonntag, den 16. November 1908:

**19. Stiftungsfest**

des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäsche-  
Arbeiter Deutschlands (Zahlstelle Breslau)  
bestehend in großem Saal, verbunden mit Verlosungs-Polka  
(weinsteile Orgelstücke).  
Entree im Vorverkauf: Herr mit Dame 50 Pf., einzelne Dame 25 Pf.  
an der Kasse: Herr mit Dame 60 Pf., einzelne Dame 30 Pf.  
Eintritt 4 Uhr. — Anfang 8 Uhr. 5469  
Ladungsergebnis ein Das Komitee.

**Achtung! Freie Turnerschaft Gorgan Achtung!**

Sonntag, den 15. November  
**Stiftungs-Fest** im Preussischen Hof  
zu Ober-Salzbrunn  
mit theatralischen und turnerischen Aufführungen  
gegen alle Freunde und Gönner einladet  
Anfang 8 Uhr. Der Vorstand. 5465

**A. Schumm's (W. Hänel's)**  
**Dampfbrennerei**

Bear. 1748. Scheitnigerstr. 20 und Hirschstr. 26. Tel.: 3226.  
empfiehlt seine Lokalitäten einer geneigten Beachtung.  
Ausständig Haase'scher Biere und anerkannt  
besten Getreideform einenen Fabrikats.  
**Kornbranntwein.** 5396

**Carl Schirdewan,**

Breslau: Klotterstraße 102/104.  
Telephon 493.  
Friedrich-Wilhelmstr. 15,  
Brodau: Breslauerstraße 2,  
**Getreide-Korn-  
Dampf-Brennerei,** 1762.  
empfiehlt seinen altberühmten Breslauer Delikates:  
**Weizen-Korn,** p. Hl. M. 0.35, 0.55, 0.75, 0.95, 1, 1.40, 1.80.  
**Roggen-Korn,** p. Hl. M. 0.30, 0.45, 1.50, 1.80.  
**Weiz-Korn,** p. Hl. M. 0.35, 0.75, 0.90, 1.00, 1.40.  
**Jagd-Korn,** p. Hl. M. 0.65, 1.20.  
**Waldmeister-Korn,** p. Hl. M. 0.35, 0.55, 1.00.  
**Kloster-Korn,** (a. i. Wachsolt-Korn) p. Hl. M. 0.35, 1.05, 2.  
**Tokayer-Korn,** p. Hl. M. 0.35, 1.05, 2.00.  
**Schirdewan's Korn-Creme,** p. Hl. M. 0.55, 1.05, 2.00.  
**Schirdewan's Aker Whisky,** p. Hl. M. 2.00.

**Zur jetzigen Saison empfehle ich mein großes Lager von**

**Schuhwaren**

Herren-, Damen- und Kinderstiefeln  
zu staunend billigen Preisen.

**Martha Christmann,** Geschäftsführerin.

Auguste Koch.  
36 Scheitnigerstraße 36  
Bitte genau auf Firma zu achten.

**Max Zedlitz**

Zigaretten- und Zigaretten-Spezialgeschäft  
Kamptstraße Nr. 26, BRESLAU, Matthiasstraße Nr. 98.  
Lager von Bremer und Hamburger Zigaretten  
sowie feinsten russischen, türkischen und estnischen Zigaretten.  
Ein Rauchtabak.

**Herren-, Damen-, Kinder- und**

**Arbeiter-Garderobe**

aller Art sowie diverse Schneider-Artikel empfiehlt  
**V. Liepelt,** Blücherstrasse 21,  
am Waterlooplatz.

**Durch spottbilligen Einkauf**

bin ich in der Lage zu offerieren: 5459  
**Herren-Hüte,** steif und weich, von 1.95 an  
**Herren- und Knaben-Winter-Mützen,** 15 Pf.  
**Knaben-Plüsch- u. Krimmer-Garnituren** 1.65  
Gratis! Bei Einkauf von 3 Mk. an  
1 Mütze, 1 Bärte oder 1 Paar Hosenträger.

**Hut-Fabrik**

Niederlage H. Schönfeld  
17/18 Schmiedebrücke 17/18 u. Adalbertstr. 6  
neben R-form Kino. Nähe Lessingrücke.

**Gut erhaltene Remittenden-Exemplare!**

**Die Nonne**

Roman von Denis Diderot.  
Preis 60 Pf.

Buchhandlung „Volkswacht“

**? Eine Frage?**

Wo kaufe ich meinen Bedarf in  
**Herren- u. Knaben-  
Garderoben**

und wo werde ich  
am **reellsten** und am **billigsten** bedient?  
Nur bei 5436

**Paul Gips**

(Kaufhaus Germania)  
Gräbschenerstr. 41, Ecke Friedrichstr.

**Paul Pluntke**

Schirmfabrik und Herrenartikel  
38 Friedr.-Wilhelmstraße 38  
vis-à-vis „Deutscher Kaiser“  
Vorteilhafteste und billigste  
Bezugsquelle in:  
Regenschirmen, Krawatten,  
Handschuhen,  
Herrenwäsche etc. etc.  
Bekannt reelle Bedienung.  
Stets Neuheiten.  
Reparaturen an Schirmen  
in eigener Werkstatt. 5327

**Reell! Gut! Billig!**

kaufen Sie  
Regulatoren, Freischwinger,  
Taschenuhren, Ketten,  
Ringe, Broschen, Ohrringe etc.  
Garantie für richtigen Gang der Uhren.  
Jeder Gold- und Silbergegenstand  
trägt den Münzstempel.  
Enorme Auswahl. Reparaturen prompt.

**Arnhold Rosenthal, Uhrmacher,**

Neue Schweidnitzerstr. 5. 4427

**Zu billigsten Preisen**

kauft man das eleganteste und haltbarste  
**Schuhwerk**  
wird bei bester größter Auswahl in Kinderstiefeln, Hitz-, Gummi- und Holz-  
schuhen zu streng reellen Preisen nur bei

**Robert Kretschmer, Schuhmacherstr.**

Friedrich-Wilhelmstraße 52.

**Mexico-Ausschuss**

3 Stück 10 Pf.  
in den Schaufenstern ausgestellt. 4021  
**Leopold Birkholtz.**  
Zweiggeschäfte in allen Stadtteilen.

**Neuheiten in Damen-Hüten**

für Herbst und Winter, vom einfachsten bis elegantesten Genre.  
Trauer-Hüte von 3.50 Mk. an stets vorräthig.  
Herren-, Damen- u. Kinderwäsche, Wollwaren, Tricotagen,  
Korsetts, Bijouterie- und Galanteriewaren, Puppen und  
Spielwaren, reiche Auswahl. 4834  
Anhergewöhnlich billige Preise.

**Louise Schindler,**

Neudorfstraße 66,  
Lohestraße 67/69.

**JOSETTI JUNO**

**CIGARETTEN**  
mit und ohne Mundstück  
als beste Qualität in der Preislage  
10 Stück 20 Pfennig.

**JOSETTI JUNO**

**CIGARETTEN**  
mit und ohne Mundstück  
als beste Qualität in der Preislage  
10 Stück 20 Pfennig.

**JOSETTI JUNO**

**CIGARETTEN**  
mit und ohne Mundstück  
als beste Qualität in der Preislage  
10 Stück 20 Pfennig.

**JOSETTI JUNO**

**CIGARETTEN**  
mit und ohne Mundstück  
als beste Qualität in der Preislage  
10 Stück 20 Pfennig.

**JOSETTI JUNO**

**CIGARETTEN**  
mit und ohne Mundstück  
als beste Qualität in der Preislage  
10 Stück 20 Pfennig.

**JOSETTI JUNO**

**CIGARETTEN**  
mit und ohne Mundstück  
als beste Qualität in der Preislage  
10 Stück 20 Pfennig.

**JOSETTI JUNO**

**CIGARETTEN**  
mit und ohne Mundstück  
als beste Qualität in der Preislage  
10 Stück 20 Pfennig.

**JOSETTI JUNO**

# Kaiser, Reichstag und deutsches Volk!

Ueber dieses Thema wird Sonntag, Vormittags 11 Uhr, im Saale des Gewerkschaftshauses

# eine große Protest-Versammlung

verhandeln, für welche

# Genosse Eduard Bernstein-Berlin

den Vortrag übernommen hat. Bürger! Erscheint in Massen! Das Volk muß seine Stimme hören lassen!

Die sozialdemokratische Partei.

## Schlagende Wetter.

Dreihundertsechzig Kameraden im Schacht, Rauch und Flammen über der Grube und keine Möglichkeit der Rettung! Schlagende Wetter haben die Zeche Raddob bei Hamm in Westfalen heimgeführt und sie haben, wenn die vorliegenden Berichte Wahrheit sprechen, vollständigere Arbeit getan als vielleicht jemals ihre Vorgänger vorher. Wie das möglich wurde in einer modernen Grube, die erst vor zwei Jahren angelegt wurde, in einem Lande, deren Minister behaupten, daß sie durch keine Arbeiterschutzgesetze in der Welt voranzuschreiten, zur Zeit eines Geschäftsganges, der die Kostenfrage von Sicherheitsvorrichtungen als geradezu gegenstandslos erscheinen läßt, alle diese Fragen werden in Stunden ruhigerer Heberlegung ihre Antwort finden müssen. In diesem Augenblick aber werden alle besonderen Erwägungen überwältigt von der Vorstellung dieses neuen furchtbaren Opfers an Menschenleben, das die bestehende Gesellschaftsordnung gefordert hat, von dem erschütternden Bild der Mäntelergarbe des arbeitenden Volkes, das für fremdes Glück freudig lebt und im Dienste der Herren stirbt. Hunderte von Proletariatsleben sind durch ein unglückliches Ungemach vernichtet, Hunderte von Proletariatsleben, die von Glück nichts wußten und denen kein Stern leuchtete, wenn nicht die Hoffnung auf die künftige endgültige Befreiung ihrer Klasse aus der Knechtschaft des Kapitals.

Das deutsche Proletariat und das Proletariat der ganzen Welt steht im Tiefsten erschüttert und aufgewühlt an dem fremden Massenatombomben der rettungslos verlorenen Arbeiter. Schlagende Wetter! Wie oft haben wir in diesen Tagen der großen politischen Krise des Deutschen Reichs, da sich das Gefühl unserer politischen Knechtschaft wie ein Alp auf unsere Brust legte, uns ein schlagendes Wetter gewünscht, das die Atmosphäre von giftiger Stickluft befreit und reinigt. Aber es scheint, als ob es in diesem unglücklichen Lande bloß schlagende Wetter gibt, die das arme Volk brunten in der Tiefe zermettern, keine schlagenden Wetter aber, welche die Höhen zu zuden und reine Luft schaffen.

Dennoch sagen wir: ein Volk, das täglich in der Grube an der Maschine und auf schwebendem Gerüst dem Tode ins Auge sieht, kann nicht feige und schwach sein. In der Stunde hat man uns den Spruch gelehrt, daß der Tod für das Vaterland süß sei und man wird doch wohl auch bald dazu übergehen müssen, auch den Tod für den kapitalistischen Profit als Glück zu preisen. So mag das arbeitende Volk durch ein wenig Nachdenken bald zur Heberlegung kommen, daß es viel besser ist, für die eigene Sache, sei es auch unter schweren Gefahren, tapfer und männlich einzutreten, als für fremde Interessen in Massendebatten zu verfallen.

Ueber das von uns bereits gestern kurz gemeldete Unglück folgen nach folgende Meldungen vor:

Auf Grund näherer Einzelheiten stellt sich das Grubenunglück folgendermaßen dar:

Vorgestern Abend waren gegen 360 Mann auf Sohle 2 und 3 angefahren. Es handelt sich um eine Kohlenstaubexplosion, deren Entstehung unbekannt ist. Da der Schacht vollständig ausgedehnt ist, mußten unter schwierigen Verhältnissen zunächst neue Spurlatten angebracht werden, damit der Förderkorb wieder in Tätigkeit treten konnte. Heute Morgen um 6 Uhr konnte mit der Bergung der eingeschlossenen begonnen werden. Es sind bis jetzt 36 größtenteils Schwerverwundete und fünf Tote zutage gefördert worden. Die Verwundeten werden in Automobilen in die Hammer Krankenhäuser geschafft. Ärzte sind in genügender Anzahl auf der Unglücksstelle, die gänzlich abgesperrt ist. Die auf Sohle 2 eingeschlossenen 150 Mann gelten als verloren. Die Bergungsarbeiten gehen nur sehr langsam vor sich. Vor den Zechengebäuden spielen sich herzzerreißende Szenen ab.

Nach der letzten telegraphischen Meldung aus Hamm i. W. ist um 2 Uhr Mittags jede Hoffnung aufgegeben worden, die noch in der brennenden Grube festhängenden Bergleute zu retten; alle 360 Mann gelten als verloren.

Hamm, 12. November. Nach den neuesten Mitteilungen sind bereits 40 Tote und 35 Schwerverletzte geborgen worden. Von den letzteren sind 3 gestorben. Aus allen Ecken des Industriegebietes treffen Rettungsmannschaften ein, haben aber unglücklich am Schachteingang, da sie wegen des ausgebrochenen Feuers nicht einfahren können. Die Spitzen der Behörden, sowie die Direktoren der benachbarten Zechen sind am Orte der Katastrophe versammelt, der von Tausenden von Menschen umlagert wird. Aus Dortmund traf Berghauptmann Diebrecht so-

wie der Revierbeamte Krämer ein. Die Katastrophe ist die schwerste, welche jemals das Industriegebiet heimgesucht hat. Während das letzte Unglück 160 Menschen dahinstreckte, ist diesmal die Anzahl der Opfer auf mindestens 200 anzunehmen, denn nach Ansicht der Zechenverwaltung wird niemand mehr lebend geborgen werden. Man ist zur Zeit bemüht, die Brände zu löschen. Auf die Bewohner hat das Unglück einen niederschmetternden Eindruck gemacht. Fast jedes Haus der gesamten Umgebung der Zeche hat einen oder mehrere Tote zu beklagen. In den einzelnen Gemeinden wurde das Unglück erst um die Mittagsstunde bekannt, als die Leute nicht von der Zeche heimkehrten. Tausende von Menschen, Hunderte von Fuhrwerken, Automobilen und Kabelfahrern befinden sich auf dem Wege von und zur Zeche. Vor den Zechentoren und dem Zechenplateau drängt sich die Menschenmasse und verlangt Auskunft über das Schicksal der Angehörigen. Es ist unmöglich, weiter in die Grube zu gelangen, bevor das Feuer gelöscht ist. Der ganze Schacht steht in Flammen. Es sind viele Brandherde vorhanden. Man versucht nun von Norden in die Grube einzudringen, um das Feuer durch Abmauern zu ersticken. Die Rettungsarbeiten werden Anfangs wahrscheinlich erfolglos sein, wenn nicht durch die Katastrophe eine Beschädigung der Wasserleitung eingetreten wäre.

Die Zeche „Raddob“, auf der eine Kohlenstaub-Explosion hundert von braven Bergarbeitern das Leben raubte, gehört zu den jüngsten Bergwerksanlagen. Der Geschäftsbetrieb wurde am 2. Januar 1905 eröffnet und im November 1906 wurde der erste Wagen mit Kohle befördert. Bis dahin hatten die Einrichtungsarbeiten und Abbaubarbeiten gedauert. Die Zeche Raddob I hat eine Tiefe von 877, die Grube Raddob II eine solche von 841 Meter. Im ersten Halbjahr 1908 wurden 88.000 Tonnen Kohle abgebaut. Die Arbeiterzahl beträgt gegenwärtig 700. Betrieben wird die Grube durch eine G. m. b. H., bei der der Graf Hündel von Pommernsart stark beteiligt ist. Der leitende Direktor der Grube heißt Mübendorff. Die Arbeiter haben in der letzten Zeit sehr oft über schlechte Behandlung und schlechte Wohnverhältnisse zu klagen gehabt. Wiederholt wurden Verlangungen abgelehnt, die sich mit den Zuständen auf der Grube Raddob beschäftigten.

## Moderne Irrenhausfolter.

Der große Irrenhausprozeß gegen den Schriftsteller Karl Schmidt wurde heute nach zweitägiger Pause unter starkem Andrang des Publikums wieder aufgenommen. Zu Beginn der Verhandlung gab Oberarzt Dr. von Kunowski von der Provinzialirrenanstalt Reubus die Erklärung ab, daß die Anstalt das Prinzip habe, die Briefe der Kranken soweit irgend möglich, abzuschneiden. Unterchiede darin, ob die Briefe den Wünschen, abzulassen oder Belästigung in der Anstalt ausdrücken, werden nicht gemacht. Die Briefe würden abgelehnt, sobald der Zustand des Kranken ernstlich und seine Willensmeinung konstant sei. Sie würden nur zurückgehalten, sobald der Zustand akut sei, denn dann könnten dem Kranken aus den Briefen Äußerungen die größten Schwierigkeiten erwachsen. Angeklagter Schmidt beauftragt die Protokollierung des Zwischenalles aus der Sonnabend-Sitzung, bei der ihn der Vorsitzende in der Stellung der Fragen unterbrochen und dadurch in seiner Verteidigung beeinträchtigt habe. Vorsitzender Landgerichtsdirektor Spletzky: In jeder Verhandlung komme eine gewisse Erregung einmal vor, und er stelle dem Angeklagten aufheim, die noch alle Fragen nachzuholen. Angeklagter: Durch die Unterbrechung sei er aus dem Gedankengang heraus und nicht in der Lage, sich sachgemäß zu verteidigen. Vorsitzender: Ich will ein, weil Sie einen vornehmen Herrn, wie Herr Kunowski, ohne Grund angegriffen haben. Wenn ich übrigens einmal zu schrei bin, geht es mir ja nur wie Ihnen. Man kann bei so großen Anforderungen nicht immer die Ruhe haben, die für solchen Prozeß eigentlich nötig wäre. Angeklagter: Ich bitte, nur auf meine Vorrechte dieselbe Rücksicht zu nehmen, wie auf die des Herrn von Kunowski. Ich hätte den Eindruck, daß ich vor der Offenheit gedemütigt werden sollte, als Sie mir vorhielten, daß ich als Journalist für den Schatz der Zeugen vor Protokollierung des Vorganges ab, weil Sie nicht schlichtlich die Protokollierung des Vorganges ab, weil nach seiner Heberzeugung der Angeklagte in der Verteidigung nicht beeinträchtigt sei. Ein weiterer Antrag des Angeklagten, ihm zu gestatten, am Verteidigerlich Platz zu nehmen, den er damit beabsichtigt, daß Maximilian Harden die gleiche Veranlassung zu teil wurde, wird vom Vorsitzenden als prinzipiell unzulässig abgelehnt, weil danach bald alle Angeklagten aus den sogenannten besseren Ständen das Gleiche fordern würden. Dagegen wird dem Angeklagten ein Tisch in der Anklagebank zur Verfügung gestellt, damit er sich Notizen machen kann.

Das Zeugenverhör wird dann mit der erneuten Vernehmung der Frau Rubeck, der früheren Gattin des in die Irrenanstalt Reubus gebrachten Emanuel Rubeck fortgesetzt. Sie soll Auskunft darüber geben, wie oft und in welcher Weise ihr Mann sie geschlagen habe. Sie bekundet, daß zum ersten Male im Juli 1905 am Geburtstag ihres ältesten Sohnes ihr Mann ihr nach einem Wortwechsel eine Ohrfeige versetzt habe. Seitdem würgte und schüttelte er sie oft, warf sie mit Wasserkrügen, Tassen, Tellern usw. Sobald er auf ihr angebliches Verhältnis mit dem Geschäftsführer Peterich zu sprechen kam und sie es nicht eingestehen wollte, schlug er sie mit Fäusten ins Gesicht und auf den Kopf und brüllte übermäßig laut. Ueberhaupt lebte er wochenlang in ewiger Aufregung, schloß des Nachts nicht und ab so auf wie nichts. Aus Furcht vor ihm

lebte sie nur noch hinter verschlossenen Türen. Nach der Rückkehr aus Reubus sei es noch schlimmer gewesen als früher. Ihr Mann warf sich auf der Erde umher, schlug mit dem Kopf gegen die Wände, fiel über sie her, trat sie mit Füßen und mißhandelte sie furchtbar, sogar in Gegenwart der Kinder. Als er sie einmal wieder brängte, das Verhältnis mit Peterich einzugehen, rief er das Dienstmädchen herein und sagte: „Sieh mal her, ich habe ja mit Frau Rina auch ein Verhältnis“, worauf das Dienstmädchen erwiderte: „Ja, aber Sie haben sich nur gezwungen.“ Zeugin schiltert dann, wie ihr Mann ständig zwischen größter Rohheit und größter Lieblichkeit hin und her schwankte. Einmal drohte er ihr die Augen auszustechen, schimpfte sie „alttestamentarische Sünde“, spuckte sie an und schlug sie ins Gesicht. Ein anderes mal wieder war er so ädlich, nannte sie: „Mein Süßchen, mein Liebchen.“ Zeugin Emanuel Rubeck: Ich hatte in der Tat damals allen Grund, über meine Frau aufs höchste erregt zu sein. Aber wenn die Erregung vorüber war, dachte ich sofort daran, daß ich ja nur auf Widerruf entlassen sei und daß ich in den ersten Tagen jederzeit ohne neues Gutachten wieder in die Anstalt kommen konnte. Da gelang mir natürlich die Klugheit, die ersten Schritte zur Verführung zu tun. Weiter belundete Zeugin, seine Frau habe ihn durch höchst verkehrende Redensarten gereizt. Sie drang fortwährend in ihn, sich entmündigen zu lassen, das sei viel besser für ihn. Das Geschäft besorge ja Peterich ganz vorzüglich. Eines Tages fragte er sie, ob sie ihn liebe, worauf sie erwiderte, sie habe ihn nie geliebt, aber den Peterich liebe sie sehr. Während dieser Aussage will die Zeugin Rubeck fortwährend aufspringen, sie spricht laut mit ihren Nachbarn, so daß der Vorsitzende sie wiederholt streng zur Ruhe verweisen muß. Der Ehemann Rubeck selbst spricht vollkommen ruhig, aber etwas verwirrt und überaus weisheitsvoll. Er schiltert eingehend, wie seine Frau ständig versuche, ihm Follen zu legen und ihn zu provozieren, um ihn dann als gemeinlich anzusehen, in die Irrenanstalt zu bringen und nie wieder herauszulassen. Auch seinen eigenen Bruder habe sie angegriffen, mit ihm eine Prügelei zu beginnen, bloß um dem Kreisarzt einreden zu können, daß er, Zeugin, gemeingefährlich gelte. Vorsitzender: Aber Sie haben doch manches recht Sonderbare getan, zum Beispiel einmal die Tür eingetreten. Zeugin Rubeck: Das verstand ich als Nachmann ganz ausgezeichnet. (Gelächter.) Ich habe ja eine Erkältung und die Füllung steht noch heute nicht so aus, als ob sie jemand herausgedrückt hätte. Welter erzählt der Zeugin, seine Frau habe wiederholt wenn irgend etwas im Hause vorkam, die Polizei wiederzubringen; denn er wolle sehr gut mit den Polizisten umzugehen und sie parierten ihm aufs Wort.

Zur Einverständlichkeit mit den anderen psychiatrischen Sachverständigen stellt dann Geheimrat Medizinalrat Seppmann eine Reihe von Fragen an den Zeugen Rubeck. Zunächst fragt er, wie oft Rubeck wohl seine Frau mißhandelt habe. Zeugin Rubeck kann eine genaue Zahl nicht angeben, gibt aber zu, daß es verhältnismäßig oft gewesen sei. Erst nachdem er sich von der abschließenden Schlichtigkeit und Verworfenheit seiner Frau überzeugt habe, sei ihm seine brave Hand zu schade gewesen, um seine Frau zu schlagen; da habe er sie nur noch angepöbel. Zeugin fragt der Sachverständige, wie oft der Zeuge wohl Eifersucht in Bezug auf seine Frau gegen andere geäußert habe. Zeugin Rubeck: Ich hätte das niemals getan. Wenn meine Frau mit nicht direkt suggeriert hätte, eifersüchtig zu sein, hätte ich nicht den mindesten Grund in mir gehabt. Ich habe mich nur beleidigt gefühlt, weil meine Frau ohne meine Erlaubnis jungen Leuten nachgelaufen ist. Eine lange Diskussion entspinnt sich dann über angebliche Vergiftungsversuche, die Zeugin Rubeck gemacht haben soll. Er soll etwa eine Woche lang zu Hause nichts gegessen haben, weil er sich fürchtete, daß seine Frau ihn vergiften würde. Zeugin Rubeck behauptet, er habe seiner Frau nur gefaßt, sie sei so schlecht, daß sie auch einen Menschen vergiften würde, wenn nur der Peterich sie heiraten wollte. Zu übertra habe er nur deshalb nicht mehr zu Hause gegeben, um nicht von einem Tische mit seiner Frau zu essen. Das Gericht beschließt sodann auf Antrag der Verteidigung, das Dienstmädchen aus dem Hause des Ehepaars Rubeck, Pauline Breckenow, als Zeugin zu laden. In der Eheberückfrage zwischen den beiden Ehegatten hatte die Zeugin ihre Aussage verweigert. Nächster Zeuge ist Kaufmann Paul Rubeck, der Bruder des Hauptzeugen Emanuel Rubeck. Er gibt zunächst eine Schilderung der geschäftlichen Verbindung mit seinem Bruder. Im Jahre 1870 haben beide eine Kalkbehandlungsgesellschaft gegründet, die sehr gut ging und aus der jeder Teilnehmer 12.000 Mark Dividende erhielt. 1888 trennte sich dann sein Bruder Emanuel von ihm und er, Zeugin, führte das Geschäft allein weiter. Seitdem Bruder sei wohl das Geschäft mit seinen Kunden und den Hausverrenten nicht sein genug gewesen, und so habe Emanuel dann eine Webfabrik gegründet. Später kaufte sein Bruder Emanuel Grubenfelder und Grubenmütungen, obwohl er davon nichts verstand. Für ein Grubenfeld soll er 7500 Mark bezahlt und es für 20.000 Mark verkauft haben. Es müßte aber dabei in Rechnung gezogen werden, daß er in dieses Grubenfeld ca. 50.000 Mark hineinsteckt hatte. Ihn selbst, dem Zeugen, hat Emanuel Rubeck zugegeben, daß er bei den Grubenfeldern 90.000 Mark verloren habe. Ueber das Eheverhältnis der beiden Rubeck gibt Zeugin Paul Rubeck an, daß die Eheleute in den ersten Jahren sehr gut zusammen gelebt waren. Die Eifersüchtigkeiten kamen erst im Jahre 1905 vor. Der Zeuge schiltert dann einzelne solcher Szenen. Emanuel Rubeck habe unter anderem einen Pfeifen des Zeugen, namens Bernide, beschuldigt, daß er mit seiner Frau Umgang habe. Den Grund glaubte Emanuel Rubeck darin zu finden, daß Bernide einmal in einer Gesellschaft



Schokolade heraus und fragte: „Wer wählt rot?“ Natürlich gab's jetzt ein großes Geklapper. Über 200 Hände streckten sich ihm entgegen und jeder suchte ein glänzendes Häkchen zu erwischen; sogar die waren besetzt, die eben noch haarscharf und gewissen waren. In diesem Augenblicke kam ein Lehrer hinzu, ließ seine Faust und beide Arme in die Menge der Kinder und rief, nein: „Gute aus Selbststrafen, als würde er konformitäten Wahlmännern gegenüber: „Ich habe auch gleich ein paar herunter, daß ihr nicht wißt, wo ihr bleiben sollt!“ Als unser Genosse darüber unwillig bemerkte: „Nun, ich laß es fallen, Sie die Kinder doch beschuldigen nicht gleich“, da schrie er ihn grottig an, ließ nach kurzem Wortwechsel zur Polizei, zum Rektor, zum Wahlvorsteher und zu seinen Kollegen, ließ ein „Protokoll“ aufnehmen usw. Aber zum Schluß der Kinder war er wenigstens nicht gekommen.

Ein anderer Lehrer derselben Schule hatte vorher die Kinder, nur weil sie neugierig der Arbeit der Betzelvertreter zuschauten, herauf gerufen und zurückgeschickt, daß ein kleiner Junge einige Schritte weit auf die Erde slog und sich heftig wehte. „So also werden die Kinder der Volksschulen behandelt?“ fragten ihn unsere Genossen. Der Lehrer aber ging mit rotem Kopfe davon. An „seinen“ Kindern wird derlei mit der Stadt mehr Nutzen haben, wie an ihm.

Ein Postbeamter, der dort konformitäten gewählt hatte, antwortete uns auf die Frage, ob er denn wirklich konformitäten sei, tat: „Nun, was wollen Sie? Man hat mir diesen Zettel gegeben und mir befohlen: „So mußt Du sagen!“ Na, da muß ich eben. — Ein anderer Beamter, schon ein älterer Herr, wollte, wie so viele seiner Kameraden, weil er nicht rot wählen durfte, überhaupt nicht zur Wahl gehen. Seine Frau aber besahnte ihn laut und heftig eines „Beseren“, und so trottete er davon und wählte konformitäten. Hoffentlich hat er, als seine wertigste Schenkung erfahren, daß trotzdem die roten gestagt haben, keinen Schaden an seiner Gesundheit erlitten!

### Ein Amtsvorsteher, wie er nicht sein soll.

Herr v. Gossow in Schönborn bei Breslau hat sich bekanntlich über die Behandlung, die ihm vor dem Schöffengericht der Rechtsanwält Simon zuteil werden ließ, bei der Staatsanwaltschaft und bei der Anwaltskammer beschwert. Außerdem fordert er, daß ihm Genugtuung angedeihen werde. Um einmal zu zeigen, wie wenig dieser Herr Ursache hat, sich gekränkt zu fühlen, veröffentlichen wir nunmehr aus den Akten gegen v. Gossow das Schreiben, das im September an den Minister des Innern in Berlin abgegangen ist und einen Teil (nicht alle!) der gegen diesen sozialistenfeindlichen Amtsvorsteher gerichteten Beschwerden summarisch zusammenfaßt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Der Unterzeichnete erlaubt sich hierdurch, dem Herrn Minister des Innern folgende Beschwerden gegen den Amtsvorsteher von Schönborn Herrn v. Gossow, zu unterbreiten:

Am 24. Mai d. J. wurde zum ersten Male in Schönborn eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abgehalten. Die sehr ruhig verlief. Zu dieser Versammlung hatten wir auch die Genehmigung vom stellvertretenden Herrn Amtsvorsteher erhalten. Am 28. Juni sollte eine zweite Versammlung stattfinden. Auf mein Verlangen um die Genehmigung erhielt ich von dem diesmal anwesenden Herrn Amtsvorsteher v. Gossow die Mitteilung, daß ich eine Genehmigung nur unter Bekanntgabe der Tagesordnung erhalten würde! Da ich mich dazu aber nicht verpflichtet fühlte, verweigerte ich die Angabe der Tagesordnung und erhielt auf mein Protest auch schließlich die Genehmigung.

Am dem Dienstag Abend vor dieser Versammlung sagte der Gemeindefreier, Herr Lehrer Gregor aus Schönborn, zu dem Amtsvorsteher: „Ich habe eine gute Idee, wie wir die Versammlung doch noch hindertreiben können. Sie gehalten doch, daß ich Sie deshalb heute Abend besuche.“

Diese Worte sind deutlich von dem Selbsthater des Amtsvorstehers, Herrn Kreutziger, der den Worten laute, gekörpert worden. Tatsächlich war auch an diesem Abend der Lehrer bei dem Herrn Amtsvorsteher. Laas darauf verbreitete sich in Dorfe die Kunde, daß der Schaffer und die Rechte des Herrn Amtsvorstehers die Versammlung auseinanderreiben wollten. — In der Versammlungstage eröffnete letztere und schloß ich die Versammlung, in der volle Redefreiheit zugesichert war. Die Rechte des Herrn Amtsvorstehers verdrängten die Rechte zu stören, wurden aber von mir vom Versammlungsorte entfernt, und sind weiter auf meine Anzeile hin von der Staatsanwaltschaft bestraft worden. Sie begaben sich darauf auf das benachbarte Grundstück ihres Arbeitgebers, des Herrn von Gossow, um von dort aus die Versammlung zu stören. Der Amtsvorsteher hat gegen die Leute nicht nur nichts unternommen, sondern wahrscheinlich ihr Verhalten noch gebilligt.

Das Liebesdrama einer Dreizehnjährigen Der Selbstmord einer dreizehnjährigen Schülerin, der sich dieser Tage in Courbevoie ereignete, hat sich zu einer Sensation ausgewachsen, die über die Grenzen von Courbevoie hinaus viel beschreiben wird. In der Tat liegt hier ein ganz außerordentlich seltener Fall vor, der ein rührendes Bild auf die Psyche eines jungen Mädchens wirft. Ein Ehepaar aus der Normandie, dessen Namen von der Pariser Witterung verdrängt sind, hatte eine dreizehnjährige Tochter Lucienne an einer Kamille in Courbevoie in Dienst gegeben. Die Dreizehnjährige war ein bildhübsches Mädchen, für ihr Alter stark entwickelt und besaß, wie sich später ersehen sollte, trotz ihrer Jugend das Herz und Gemüt einer erwachsenen Frau. Der Dienstherr von Lucienne verliebte sich in sie und verführte das junge Ding, das mit einer geradezu schwärmerischen Liebe an dem Weibchen hing. Die Mutter des Dienstherrn kam hinter dieses Liebesverhältnis, und Lucienne mußte noch einer heftigen Szene zwischen den Ehegatten das Haus verlassen. Der Liebhaber brachte Lucienne an einem bekannten Apotheker in Courbevoie, der moralisch und erzieherisch auf die Verführte einwirken sollte. Er verbrach seiner Geliebten, sie hin und wieder zu besuchen, hielt jedoch sein Versprechen nicht, um einen ehelichen Skandal zu vermeiden. Der armen Lucienne bemächtigte sich nun eine schwere Melancholie. Sie ging wie im Traum umher, hatte fast nichts Interesse und mager zusehends ab. Als der Apotheker eines Tages den Gesundheitszustand offen gelassen hatte, ermahnte ihn Lucienne Trost und versetzte sich. In einem währenden Briefe, der zeigt, daß Lucienne trotz ihres außerordentlichen Liebesleides noch ein Kind war, kloste sie dem Geliebten des Trennschicks an und teilte ihm mit, warum sie aus dem Leben geschieden sei.

Dynamitpatronen auf der Bahnstrecke Paris-Genève. Während der Fahrt eines Veronesenzuges über die Eisenbahnstrecke der Paris-Genève-Mittelbahn bei Melonvanc schiedender drei Leute Dynamitpatronen gegen die Besatzung bei Puy. Die Patrone wurde heftig erschüttert und unter den Reisenden entstand eine große Panik. Es errietete sich indessen kein weiterer Unglücksfall. Bisher konnte die Polizei die Täter nicht ergreifen.

Ungeheurer Zahlmeister. Der Oberzahlmeister Josef Führer vom Augustur der dritten Infanteriereiment wurde in militärische Unterzusagehaft genommen. Es werden ihm umfangreiche Unterschlagungen und Diebstahlschwindeln, teilweise begangen durch Fällung von Quittungen, zur Last gelegt.

Eisenbahnkatastrophen in Nordamerika. Ein Telegramm aus New-York meldet: Bei einem Zusammenstoß von zwei Güterzügen in der Nähe von Chyenne (Wyom) wurden in der vergangenen Nacht zwölf Eisenbahn-Arbeiter getötet. Bei einem Zusammenstoß zweier Züge, der sich bei Middlewood auf der New-Orleans aus Nordbraker Railway ereignete, wurden nach einem Telegramm aus New-Orleans elf Personen getötet.

Diese Versammlung wurde von dem Senatoren Herrn Walker aus Wisconsin überbracht.

Vor den 28. August ersuchte ich um die Genehmigung einer neuen Versammlung. Diese Genehmigung wurde mir unter Bedingung auf die oben angeführten Bedingungen erteilt. Der Herr Amtsvorsteher erklärte außerdem, daß er die größtmögliche patriotische gestimmte Bevölkerung Schönborns vor den „Verhörungen der Sozialdemokraten schützen“ wolle. Es ist und unmöglich zu glauben, daß Leben, Gesundheit oder Eigentum einer unbegrenzten Anzahl von Leuten gefährdet sein kann, wenn auf dem Nachbargrundstück eines Versammlungsortes einige Personen, die nicht zu den Versammlungsbesuchern gehören, sich aufhalten wollen. Ein neues Versammlungsgebet wurde, obwohl es drei Wochen vorher erfolgt war, trotz wiederholter schriftlicher Erinnerung nicht einmal beakontoriert! Auf ein erneutes Versammlungsgebet für einen anderen Tag erhielt ich die ablehnende Antwort nicht sofort, sondern erst nach vier Tagen! Herr Amtsvorsteher v. Gossow ist mehrere Tage vom Amtszugel abwesend, ohne den Herrn Stellvertreter davon in Kenntnis zu setzen, oder ihm das Amtsstempel auszuhandigen. Eine bringende amtliche Angelegenheit meinerseits mußte der Herr Stellvertreter ablehnen, weil er von der Abwesenheit des Herrn v. Gossow keine Kenntnis hatte!

Herr v. Gossow sagte zu einer Frau Krause in Schönborn, daß er die verfluchten Sozialdemokraten noch alle aus Schönborn rausbringen wolle. Einen solchen Versuch hat er auch bei mir gewagt, indem er mich ausmietete, und dann für die leere Wohnung die Miete bei dem Landwirtschaftsinspektor A. D. Herrn Kanner bezahlte! Meinen nachherigen neuen Hauswirt bestellte er in seine Wohnung und machte ihm in gereiztem Tone Worte, weil er mich als Mieter aufgenommen habe, da er (der Herr Amtsvorsteher) mich doch aus dem Orte heraus haben wolle! Als mein Hauswirt sich gegen einen bezahligen Terrorismus verwahrte, entzog ihm der Amtsvorsteher den Hausbau, den er aufzuführen wollte.

Die hier angeführten Amtshandlungen des Amtsvorstehers von Schönborn, die einen krassen Mißbrauch seines Amtes darstellen und sicher nicht die Billigung seiner Vorgesetzten finden dürften, unterbreite ich mit der Bitte um schnelle Abhilfe der Nachprüfung des Herrn Ministers. Ueber das Versammlungsverbot vom 23. August ist Bescheid vom Landrat, nach dessen abschließender Antwort beim Herrn Regierungsräsidenten niedergelegt. Um uns aber andererseits nicht jedes Versammlungsrecht durch beratige unangehörte Verbote illusorisch machen zu lassen, was bei der immer kälter werdenden Jahreszeit, und wir andererseits in Schönborn keinen Saal bekommen können, zu beschaffen ist, wenden wir uns direkt an den Herrn Minister.

Die amtlichen Schreiben des Herrn Amtsvorstehers und Landrates füge ich mit bei.

Theodor Wolff, Dekorationsmaler, Schönborn b. Breslau.

Und dieser Mann sollte mit Glace-Handschuhen angefaßt werden?

### Der Breslauer Konsumverein und seine Arbeiter.

Der Konsumverein hat in seinem Betriebe am 1. November cr. für die bei ihm beschäftigten Arbeiter eine „Arbeitsordnung“ eingeführt, aus der der Herr v. Gossow, Unternehmerrundpunkt deutlich hervorgeht. Wir hätten durchaus nichts dagegen einzuwenden, wenn die Direktion in einem so umfangreichen Betriebe auf Ordnung hielte, aber in dieser „Arbeitsordnung“ sind Bestimmungen enthalten, die einerseits ungesetzmäßig und demnach nichtig sind, andererseits aber die Arbeiter verdächtigt, als ob sie zur Unvermeidlichkeit neigen. — Der letzte Passus, der von dem von Arbeitern verursachten Schaden handelt, besagt, daß die Arbeiter zum Schadenersatz verpflichtet sind und die Beträge vom Lohn abgezogen werden. Diese Bestimmung widerspricht dem Gesetz, § 394 des B. G. B. besagt ausdrücklich, daß vom Lohn nichts abgezogen werden darf, als Versicherungsbeiträge. Hat ein Arbeiter böswillig Schaden verursacht, dann kann der betreffende Arbeitgeber gegen ihn den Rechtsweg beschreiten, der Lohn muß ihm nichtsdestoweniger voll ausbezahlt werden. Die Arbeitsordnung ist mit dem Namen Klette mitunterzeichnet. Herr Klette, Stadtrat a. D., fungierte längere Zeit als Richter am hiesigen Gewerbegericht, von ihm wäre doch anzunehmen, daß er die Gesetze kennen mußte. Aber die Arbeiter müssen ja froh sein, angestellt zu werden, und da glaubt man, ihnen alles bieten zu dürfen.

Ein schöner Standpunkt des Konsumvereins, der in die Welt hinausstreift, der größte Konsumverein der Welt zu sein! Aber die Sache wird noch schöner: Jeder Arbeiter kann beim Eintritt in den Betrieb oder beim Verlassen desselben angehalten werden, um sich über etwa unrechtmäßig mitgeführte Gegenstände auszuweisen. Also Lebensversicherung muß sich jeder Arbeiter gefallen lassen. Es ist wirklich hohe Zeit, daß die Arbeiter des Konsumvereins sich organisieren, sonst kann die Sache für sie noch schlimmer werden. Solange sie gleichgültig beiseite stehen und sich demüßig dem Terrorismus fügen, nimmt sich die Verwaltung mit ihnen heraus, was sie will!

\* Herr von Carners Mandat. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages begann gestern mit der Prüfung des von den Sozialdemokraten eingelegten Protestes gegen die Wahl des Abg. Graf v. Carners-Biserwiz (kons.), der in Breslau (Land) - Neumarkt gewählt wurde. Ein Beschluß ist noch nicht gefaßt.

\* Eine Volksversammlung in Schönborn bei Breslau wird Sonntag Nachmittag 3 Uhr im Hofe des Gärtners Alfred Reimann stattfinden und sich mit dem Polizeiregiment in Preußen, insbesondere des Herrn von Gossow, gründlich beschäftigen. Referent ist Verbandssekretär Genosse Th. Müller in Breslau. Wir bitten auch die Genossen von Parilleb, Ostschin, Wolfshyrt zc. recht zahlreich zu erscheinen.

\* Das Ende einer Last. Unter dieser Überschrift meldet der „Niedriger Anzeiger“: „Wie wir erfahren, ist durch Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, die oberpolizeiliche Verordnung, die das Verhängen der Schaufenster am Sonntagen während des Gottesdienstes anordnet, mit sofortiger Wirkung für die Provinz aufgehoben worden. Schon am nächsten Sonntage werden also unsere Geschäfte von dieser Plage, die unannehmlich, auch der Frömmlichkeit nicht, etwas nützt, befreit sein. Andere Provinzen werden demnächst folgen.“

„Mittag, Sonntag! Die Aufhebung der Strafen“  
Es hat bei der Abreise von der Kaiserlichen Poststation nach gefaßt, um an die Adresse der Reichsregierung zu gehen, wo bei der Abreise, einmündigen, beantragten. Die Unterzeichneten sind noch am 11. August. Inzwischen sind die Festungen der Dandorf über und die Reichsregierung länger. Es werden die Reichsregierung nicht zu einer Verständigung über, auch nicht zu erleben ist, welche Normen die Differenz noch annehmen kann, bitten wir die Reichsregierung, seine Arbeit bei Dandorf anzunehmen. Die Dandorf der Aufhebung bei Dandorf ist sehr größer, denn es sind Reichsregierung garnicht notwendig. Die Dandorfverwaltung.

† Betäubung durch anstößende Wäse. Am 11. d. M. Nachmittag 5 Uhr wurden bei einem Wäsemeister auf der Gabelstraße arbeitende Geselle Alois Niesch samt dem Gehilfen Paul Poyda in der Wäsefabrik in bewußtlosem Zustande angetroffen. Der sofort hinzugerufene Arzt stellte eine Gasvergiftung fest, die durch vorzeitiges Schließen der Luftklappe des Badofens entstanden war. Die Bewußtlosen kamen in der Wohnung des Wäsemeisters, wohin sie auf Anordnung des Arztes gebracht worden waren, bald wieder zur Besinnung.

### Aus Schleien und Polen.

Freiburg, 6. November. Von den Männern des praktischen Christentums. Die Christlichsozialen, die Männer des „praktischen Christentums“ hielten am Dienstag Abend im Unterfaale eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Herr Weigelt aus Berlin einen Vortrag über die Bestrebungen der Christlichsozialen hielt. Der Saal war zur Hälfte mit Arbeitern gefüllt, auf der anderen Seite sah man nur etwa 20 Herren, meistens Kleinbürger, Handwerksmeister usw. Der Vortragende betonte daraufhin auch die Intelligenzlosigkeit des Bürgeriums. Dann kam er auf die neueste politische Sensation zu sprechen, wobei er es vorzüglich verstand, sich um den Kern der Sache herumzudrehen. Die allein Schuldbigen sind die „Geheimräte“! Er rierte die Finanzreform als eine „nationale Tat“ und hofft, daß die Kosten auf die „tragfähigen Schultern“ verteilt werden. Hoffen und horren — Dann priest der Referent noch Stöder und Bismard als Arbeiterfreunde und glitt dann in sein eigentliches Fahrwasser, das praktische Christentum. Die Menschen sollen nur wieder zu ihrem Gott zurückkehren, dann könne es ihnen an nichts fehlen. Den Christlichen und Sozialdemokraten machte er zum Vorwurf, die der Dinge zum Fall gebracht zu haben. Das wäre ein Unglück für das deutsche Volk gewesen. Ferner sollen die Franzosen für 1870 die schreckliche Raube angenommen haben, indem sie Deutschland mit — Pariser Quumtarikeln überdeckten!

Hierauf eröffnete Herr Weigelt, der Vortragsreferent in einer Person war, die Diskussion und bewilligte jedem Redner 15 Minuten Redezeit. Zunächst erhielt Genosse Kuchler das Wort. Er trat dem Referenten in seinen hauptsächlichsten Neuerungen entgegen und hob den Standpunkt unserer Partei hervor. Er gestellte das allen sozialen Empfindens bare Bürgerium, das sich zu keiner politischen Bedeutung mehr aufschwingen vermag. Den neuesten politischen Skandal behandelte er nicht so glimpflich, wie der Referent, sondern unterzog die wahrhaft Schandigen einer scharfen Kritik. Die Zusammenfassung des Reichstages bürge uns dafür, daß abermals die große Masse der arbeitenden Bevölkerung die Kosten der Finanzreform zu tragen haben wird. Das Märchen von Stöder und Bismards Arbeiterfreundlichkeit zerplatzte Genosse Kuchler ebenfalls. Die Meinung des Referenten, daß nur in einem christlichen Staate geordnete Verhältnisse herrschen können, widerlegte Kuchler mit dem Hinweis auf Rußland, wo unter dem Deckmantel des Christentums die größten Brutalitäten verübt werden. Nachdem sprach Herr Kaufmann Witzke. Er wandte sich ebenfalls gegen den Referenten, indem er die Wissenschaft in Schutz nahm gegen die Behauptung des Referenten, daß sie nichts beweisen könne. Nachdem noch Genosse Böhler einen Fall von geistlicher Unzulänglichkeit zur Sprache gebracht hatte, erteilte sich Herr Weigelt das Schlusswort, in welchem er die Sachlichkeit der Diskussion anerkannte, wie er überhaupt im großen und ganzen bemüht war, unserer Partei Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Strich-Dunderschen Arbeiter vor denen ebenfalls eine ganze Anzahl erschienen waren, griffen in die Diskussion nicht ein, trotzdem der Redner die freisinnige Partei nicht gerade glimpflich behandelte.

Streik, 10. November. Dem Polizeikampf gegen die Streikposten. Während des Streiks in der Maschinenfabrik von Gubisch, an welcher der Bezirks-Beamte der Gubisch-Dunderschen Gewerkschaft, Max Strohsfeld aus Breslau, Streikbrecher vermittelte, hatte ein Polizeikommissar an unsere Polizeibehörde die Dredre ausgegeben, daß für sorgen, daß andere Leute durch Streikposten nicht beschlagnahmt werden. Der Streikposten Kaupach wurde demnach von einem Polizeibeamten zum Weitergehen aufgefordert. R. erklärte, daß er das nicht nötig habe. Als er mit Verhaftung bedroht wurde, ging er ein Stück weiter. In einiger Entfernung blieb er wieder stehen und bedeutete dem folgenden Beamten, er müsse einem Arbeiter etwas abgeben. Auch dort wurde er fortgewiesen. Demnach erhielt er eine Anklage wegen Uebertretung der Allertweltsbestimmung der Straßenpolizeibehörde, weil er einer, zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs erangenen Aufforderung eines Polizeibeamten nicht unbedingt Folge geleistet habe. Das Schöffengericht erkannte auf Haft; das Landgericht Meantz ermäßigte die Strafe auf 30 Reich. Begründet wurde ausgeführt: Die Anwesenheit des Kommissars Kuchler hier außer Verhaftung bleiben, denn es steht fest, daß der Greulichbeamt selbst im konkreten Falle geglaubt habe, daß Wechseltätigkeiten der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße eintreten würden, (1) wenn er den Angeklagten nicht wegweise. Die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu erhalten, einer Störung derselben vorzubeugen, sei die Pflicht des Aufsichtsbeamten gemein, als er R. wegweise. Das sei entscheidend. Dieser Aufforderung hätte R. unbedingt Folge leisten müssen.

Die Revision R. wurde vom Kammergericht verworfen. Das Urteil des Landgerichts lasse seinen Rechtsirrtum erkennen. Der Beamte habe bei der Begewaltung nicht lediglich einen allgemeinen Befehl eines Vorgesetzten befolgt, was zu Bedenken Anlaß geben würde, sondern habe nach der tatsächlichen Feststellung eigenes Ermessen walten lassen, indem er annahm, es seien Störungen zu befürchten, wenn er R. nicht wegweise. Set es danach seine Pflicht gewesen, die Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs zu erhalten, dann sei R. wegen Mißbeachtung der Aufforderung mit Recht bestraft. Denselben Ausgang nahm ein Strafverfahren gegen Sippe, der aus gleichem Anlaß vom Landgericht Meantz auf Haft verurteilt worden war. Auch da hatte das Landgericht das „eigene Ermessen“ und die „eigene Pflicht“ des Greulichbeamtens so schön „tatsächlich festgelegt“.

Es bleibt also dabei: Streikposten verüben großen Unfug, wenn sie auf den Trottoiren und Straßen vor den bestreikten Fabriken stehen. Grober Unfug wird aber nicht verübt, die Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs aber nicht gefährdet, wenn irgend ein Kleinbürger einen Unfug durch die Stadt macht, und viele Hunderte müßiger Gaffer auf den Trottoiren und Straßen stehen.

Strichberg, 8. November. Ein Bild sozialer Glend's aus dem Verzeite, bei dem auch ein politischer Hintergrund nicht fehlt, entrollte die Verhandlung gegen den praktischen Arzt Dr. med. Wiesenberg wegen Unzureichens und Unterlassung vor der hiesigen Strafkammer. Nach seiner Angabe hat sich Dr. W., nachdem er 1899 sein Staatsexamen gemacht hatte, in einer Stadt der Provinz Posen niedergelassen.

die Staatsverwaltung aus dem Ostmarkenlande in Anspruch nehmen. Die Verhandlungen mußte Dr. W. Schulz ablehnen, da er inzwischen auch sein Privatvermögen verloren hätte. Infolge des sich immer mehr ausbreitenden Nationalitätenkampfes in der Ostmark wurde er schließlich von den Polen hingerichtet. Und nun stand er da, ohne Braut, ohne Einkommen, aber mit drückenden Schulden. Um Inzucht zu vermeiden, nahm er auswärts Verkleidungen an. So kam er auch nach Weiskirchen wo er den Sanitätsrat Doktor Nlos betrat. Als die Not zu Hause wieder einmal recht drückend war, unterschlug Dr. W. 107 Mark, die er von einer Krankenkasse für den Sanitätsrat empfangen hatte, und sandte sie an seine Frau. Die Sache kam zur Anzeige und da Doktor W. auf mehrere Vorladungen nicht zum Termin erschien, wurde er auch noch in Untersuchungshaft genommen. Als schließlich auf die Notlage verurteilte ihn die Strafkammer zu 2 Wochen Gefängnis, die durch die eintretende Untersuchungshaft für verhängt erklärt wurden.

Wie auch diesen Mann hat die Ostmarkenpolitik auf dem Gewissen.  
Striegau, 6. November. Uebertretung des Reichs-Vereinsgesetzes durch die Polizei. Was in Oberschlesien und sich ist, dort auch für Striegau nicht aus dem Bereich der Möglichkeit liegen. Am Sonntag feierte die hiesige Zirkel des Bäckerverbandes ihr Stimmabgabe, dazu nur einladende Geste Jurist hatten. Als ungeladener Gast erschien der Polizeikommissar Gache, welcher zu versetzen gab, daß er im Auftrag seines Vorgesetzten gekommen sei. Da zu dem Veranlassigen aber nur einladende Gäste Zutritt hatten, wurde dem Polizisten bedeutet, daß er den Saal zu verlassen habe. Doch damit war dieser nicht einverstanden. Er antwortete energisch auf die Aufforderung und der Drohung, vom Saal weichen zu müssen, daß er sich nicht rühren werde, bis er die Polizei davon kommt, die Beschlüsse überzuwachen zu lassen, ist uns ein Rätsel. Um dieses Rätsel zu lösen, wird Beschwerde eingelegt werden.

Saarau, 10. November. Und willst Du nicht mein Bruder sein? Ueber sozialdemokratischen Terrorismus schreibt hier und anderwärts die bürgerliche Gesellschaft, vor allen Dingen die Führer des christlich-königlichen „Arbeiter-Vereins“ die Reden heifer, verweisen aber, daß sie es selbst sind, die den Terrorismus am besten verstehen und anwenden. Von diesen sogenannten Mitgliedern des christlich-königlichen „Arbeitervereins“, welche fast alle dem Beamtenstande angehören, halten es zwei, die Aufseher Kohl und Seidel, für ein Gott wohlgefälliges Werk, auszufundamentieren, was von den Arbeitern sich untersteht. Eine sozialdemokratische Zeitung zu lesen oder gar Mitglied einer freien Gewerkschaft zu sein, wird ein solcher Arbeiter gefürchtet, so terrorisiert man gleich, und zwar in einer Weise, wie man es vonkommen Christenleuten, wie die obengenannten sein wollen, kaum glauben sollte. Dabei verweisen die Herren alles, was sie sonst so hoch und heilig halten, „Weise denken, Nüchtern, wie dich selbst“, lassen sich diese Leute jeden Sonntag predigen; dieses fröhliche Wort wird dann so in die Tat umgesetzt, daß Arbeiter, welche nur eine sozialdemokratische Zeitung lesen, aus voller Nächstenliebe schikaniert werden und inhaftiert aus der Arbeit gebracht werden sollen, um dann aus Nächstenliebe am Sonntagmorgen zu kommen. Wir meinen, diese Herren haben Ursache, sich um andere Sachen der Welt zu kümmern. Das Stadium des § 152 der Gewerbeordnung würde diesen Herrn besonders zu empfehlen sein. Wie lange noch werden es sich die Arbeiter gefallen lassen, daß ihnen die Rechte, welche ihnen durch obigen Paragraphen zustehen, von solchen Leuten beschnitten werden. An die Arbeiter, und vor

Allen Dingen an die Leiter der „Volkswacht“ appellieren wir, möge sie für die Ausschaltung der Arbeitssache zu sorgen und den freien Gewerkschaften beizutreten, dann wird es den Herren klar werden, um was es sich hier um kümmern haben. Darum fordern wir für neue Leiter und heraus aus diesen „Arbeiter-Vereinen“ und hinein in die freien Gewerkschaften.

Rechtsrat Dr. G. November. Gang wie der Landrat von Gleiwitz. Wegen Nichterfüllung einer öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung von der Genossenschaft in zwei Instanzen zu einer Geldstrafe verurteilt. Die schließliche Verhandlung, die eine vermittelte Verhandlung mit dem künftigen vermittelten Erlaß des Gleiwitzer Landrats hat, nach welcher jeder Arbeiterverein politisch ist, lassen wir hiermit folgen:

In der Verhandlung ist genau die Einrichtung des Reichsverbandes der Arbeiter und die Wirkungsweise und der Zweck derselben behauptet worden und zum Beitritt zu ihm aufgefordert worden. Nach der Angabe des Rezensenten besetzt dieser Verband die Verbesserung der Löhne der Mitglieder durch erlaubte Mittel, namentlich durch Streik. Eine politische Betätigung sieht er in der sozialdemokratischen Partei. Es ist aber ausdrücklich bekannt, daß dieser Verband nicht rein wirtschaftlicher Natur ist, sondern politischer, und daß er den Zwecken der Sozialdemokratie dient.

Verfolgt also der genannte Verband nicht nur rein wirtschaftliche, sondern auch politische Zwecke, dann ist auch eine Verurteilung seiner Organisation und die Aufforderung zum Beitritt zu ihm als Erörterung rein politischer Angelegenheiten zu betrachten.  
Das muß man sagen, das Gericht hat sich die Beurteilung des Urteils leicht gemacht. Weil die freie Gewerkschaft ihre Interessen am besten bei der Sozialdemokratie vertreten sieht und weil zum Eintritt in die Gewerkschaft aufgefordert wurde, deshalb ist diese als politisch zu betrachten.

Gleiwitz, 11. November. Oberschlesische Polizei-Epistel. Vor der hiesigen Strafkammer wurde in diesen Tagen gegen mehr als dreihundert Mitglieder des Junglingsvereins in Ostbrunn wegen Geheimbündel verhandelt. Die Angeklagten sollen verbundene Mitglieder gewesen und andere hochverratliche Sachen getrieben haben. Der Prozeß wurde bekanntlich vertagt. Einige interessante Momente aus der Verhandlung, die das Spitzelwesen der Polizei in Oberschlesien grell beleuchten, sollen schon jetzt der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Am Laufe der Verhandlung fragte der Vorsitzende den Angeklagten Hilla: Im Dezember schrieben Sie an den Rezensenten der Polizei-Verwaltung in Jaroslaw einen Brief. — Angeklagter: Ich forderte ihn auf, die Polizei, die er der Abtötung anzuwenden hatte, zurückzugeben, nachdem ich erfahren hatte, daß er unter falschem Namen dem Verein beigetreten war. — Vorsitzender: Den Rezensenten haben Sie ohne weiteres zugelassen? Um die Ziele des Vereins auszufundamentieren, hatte sich P. unter dem Namen Franz Kowalski aus Rossbain im Vereinsregister eintragen lassen. — Angeklagter: Im August 1907 lernte ich P. auf einem Besuch, den unser Verein dem Rezensenten abstatte, kennen. Unsere Vereine besuchten sich gegenseitig. Bei dem Besuche gab mir P. eine Krawattenknoten mit einem polnischen Adler, den ich gar nicht kannte. Der Rezensent fragte mich, warum ich nicht den Ring mit dem polnischen Adler trüge und er versprach mir, mir demnächst auch einen solchen zu schicken. In der nächsten Sitzung schloß sich der Polizeibeamte P. an. Beim Veranlassen fragte er die Rezensenten. In der Diskussion über die Frage des Verbotes bestimmten

Er erklärte mit Bezug auf ein verbotenes Bild, daß es in seinem Rossbain Verein gelungen werde, weil die Staatsanwaltschaft es ausdrücklich für zulässig erklärt hatte. Der Rezensent wurde erst entlarvt, als ihn der Rezensent Lemper aus Gleiwitz gelegentlich der Uebertretung von Versammlungen erkannt hatte. — Vorsitzender: Warum haben Sie denn den P. so lange bei sich behalten? — Angeklagter: Weil vorläufig nur ein Verdacht bestand. Als sich derselbe behauptet schloß, wie ihn aus und schrieb ihm, daß wir von der Stellung eines Strafantrages absehen wollten, denn er hatte uns doch veranlaßt, verbotene Bilder zu lesen und zu schreiben.

Das ist ja ein ganz niedliches Bild von der Tätigkeit des Polizeispitzels. Dieser Mann, der berufen ist, für die allgemeine Sicherheit zu sorgen, versucht andere zur Uebertretung des Strafgesetzbuches zu veranlassen. Offenbar nimmt sich die Staatsanwaltschaft dieses lauterer Ehrens der öffentlichen Ordnung an und befördert ihn dahin, wo er keine anderen Menschen zu Verbrechen aufreizen kann. — Aber ein Politzist...  
Bielshowitz, 8. November. Oberschlesische Polizei und — Reichsvereinsgelehrter. Immer wieder müssen wir berichten, daß die Polizei in Oberschlesien das Vereinsgesetz in ihrer Weise auslegt und fast das gesamte Ansehen, als ob nichts anderes mehr in Oberschlesien gemeint werden könnte. So auch wieder aus Bielshowitz. Hier war es den freien Gewerkschaften absolut unmöglich, ihre Mitglieder-Versammlungen in einem Lokal abzuhalten, weil die Kasse durch die Behörde einverleibbar waren. Infolgedessen wurde in Paulsdorf ein Gewerkschaftslokal gemietet. Aber auch dieses Lokal hatte sich der besonderen Aufmerksamkeit der Bielshowitz Behörden zu erwehren. Am 18. Oktober wurde eine Mitglieder-Versammlung des Bergarbeiterverbandes ebenfalls aufgelöst, ohne daß sich die aufstehenden Beamten in ihrer Eigenhaft als solche zu erkennen gaben.

Uebrigens hat man ein Verbot gegen die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes, so ist die Auflösung von Mitglieder-Versammlungen überhaupt ein noch ärgerer Verstoß. Die einschneidenden Verfügungen an den Landrat und den Richter können müssen, wenn das Verbot nicht bloß auf dem Papier stehen soll, zur Folge haben, daß den Beamten abgesetzt wird, wie das Gesetz richtig und nicht nach Willkür auszulassen ist. Im übrigen aber sind seit Verlassen des Verbotes spezial in Oberschlesien sonst Uebertretungen derselben durch Beamte vorgekommen, daß unsere Reaktion im Reichslande darüber ein ernstes Wort zu reden haben wird.

Die Besetzung einer Gehör für die Musikbegleitung beim Verdienen hatten wir für unzulässig. Ersuchen Sie die Kirchgemeinde um Zurückzahlung des Betrages von 6,75 Mark und berichten Sie uns über den Ausgang der Sache.

**Saubere Striderinnen**  
die glatte Ware erhalten während der Abfertigung.  
**Strumpffabrik**  
5477  
Reichstraße 11 12.

**Achtung!**  
**Geld zu verdienen!**  
Kleiner Lohn erhalten als Hausfrau den Kleinsten unter Willkür-Gehältern. Arbeit für jeden Bezirk. Den Kapitalvermögen! Schreiben Sie noch heute eine Postkarte unter 5820  
N. 14639 an Haasenstejn & Vogler A.-G., Leipzig.

Eine lede kluge gebraucht nur  
**Mutter Spül-Spritzen**  
D. R. G. M. 4. 1. 10. 12 M.  
z. d. Alleinverk. W. Schlegel  
Breslau L. Nikolaistraße 21.  
Verletzt, ausgeschl., sicher d. Beste. Zahlr. Anerk. Bedien. f. Damen sep. l. Et. Hauselng Diskr. Versand. Nachn.

**Altwasser**  
**Fahrräder**  
wenn verrotzt und lauter emittiert. Das einzige ist meine eigene Reparaturwerkstatt.  
**Vincenz Cizek,**  
I. Seigt Nr. 22.

Schallplatten,  
Etwa 2,20 Mark.  
A. Schilpert,  
Weißer Nr. 26.

Das älteste, fachmännisch geleitete **Put-Geschäft** vor dem Rifolator in das vom  
**Put-Banke**  
Fab.: Joh. Tessmer  
Friedrich-Wilhelmstr. 23.  
**Hüte**, nur gute, reelle Herren und Knaben.  
**Mützen, Stöcke, Schirme** zu billigen Preisen.  
**Amalie Hall, Put-Geschäft.**

**Puppen-Klinik**  
Matthiasstr. 183.

**Uhren**  
mit 2jähriger Garantie.  
**Gold- u. Silberwaren**  
**Optische Waren**  
**Sprechapparate**  
mit dem neuesten System.  
Gehör-Apparat — Billigste Preis.  
Eigene Reparatur-Werkstatt.  
Promovente, sorgfältige Ausführung.  
**Paul Berger,**  
Uhrmacher, 5099  
Schützstraße 12, Gehör-Apparat

**Geschäfts-Verlegung!**  
Wegen Erweiterung der Fabrik nach ich mehrere Fabrik am 1. Januar 1908 in meine neue Verlegung nach Schützstraße 12.  
**Friedrich-Wilhelmstr. 55**  
Haus hinter d. Friedr.-Carlstr.  
Wieder meine neuen Kunden nach Schützstraße 12. **Paul Berger**  
Schützstraße 12, Gehör-Apparat

**Berthold Riedel**  
34 30. Dezember 1908 nach  
**Friedrich-Wilhelmstr. 21.**

**Husten, Heiserkeit**  
mit **Kochel's Hustentropfen**  
mit wirksamstem Ertrage erprobt Nur echt mit Marke „Kochel“  
Flasche 50 Pfg.  
Apotheken, Drogerien, Buchhandlungen, etc.  
Friedrich-Wilhelmstr. 21, Alfred Schuberth, Leipzig  
Friedrich-Wilhelmstr. 106, G. R. von Jerchow, Berlin  
Friedrich-Wilhelmstr. 12, 5105

**Alfr.-d. Andretzy**  
Gräbischerstraße 12.  
**Junge Brechbohnen**  
2 Pfd. 23 Pfg.

**Kohlrabi** in Eim 2 Pfd. 23 Pfg.  
**Dranienburger Fernseife** prober Erg 38 Pfg.  
**Seifenpulver** von 7 Pfg. an  
**Sichte** 21 Eim 52 Pfg.  
**Zigarren** **Andersant-Preisen** sowie sonstige anderen Artikel billigst.

**Uhren,**  
**Ketten, Goldwaren**  
**Trauringe** kauft man **billigst**  
bei **Karl Alter, Uhrmacher,**  
4 Gräbischerstraße 4, zweites Haus vom Sonnplatz.  
Reparaturen billigst und schnell.

**Hochaktuell!**  
Soeben erschien in III. Auflage:  
**Das persönliche Regiment**  
Reden und sonstige öffentliche Äußerungen Wilhelms II.  
Zusammengestellt von Wilh. Schröder.  
Elegant broch. 200 Seiten Mk. 1.—  
Perte 20 Pfg.  
Das Buch bietet ein erschöpfendes Material zur Beurteilung des persönlichen Regiments in Deutschland und zu der alle Volkskreise beschäftigenden Frage der Abschaffung des absolutistischen Systems.  
Zu beziehen von der Buchhandlung „Volkswacht.“

**Sie kaufen zu feiner**  
Anlage, Kettensack nur 10 Pfg. 5417  
Reichs-Buch-Verlag ante Stiere 18 Pfg.  
Anzugsfabrik Wallstraße 17, 1. Stg.

**Sozialdemokratisches Liederbuch**  
von Max Kogol.  
Preis 40 Pfg.  
Durch unsere Expedition zu beziehen.

**Briefkasten.**  
Zurechnungen der Redaktion: Nachmittags von 12—1 Uhr Mittags  
G. Sch. Gut gemeint, aber nicht abgeplakt. Wir haben, als Gehör, doch keine Ursache, hervorzutreten. Unsere Adresse weiß jedes Kind in Breslau.  
N. 2. 100 Prüfen Sie die Versicherungsbedingungen und stellen Sie danach die erforderlichen Anträge. Wir glauben aber nicht, daß Sie mehr herausbringen.  
H. D. Eine. Es ist Beschwerde einzulegen, die aber kaum Erfolg haben dürfte.  
Goldberg. Die Erhebung einer Gebühr für die Musikbegleitung beim Verdienen hatten wir für unzulässig. Ersuchen Sie die Kirchgemeinde um Zurückzahlung des Betrages von 6,75 Mark und berichten Sie uns über den Ausgang der Sache.

**Weihnachts-Geschenke!** **Bestmethode v. Platen, Leipzig.**  
Werkstoff u. Manufaktur etc., gegen bequeme monatliche Teilzahlung. Alle Schul- u. Schreibmaterialien laufen die Geschäfte am besten in der Buch- u. Copierhandlung von **Erk Joachim, Hirschstr. 77.**  
Langjähriges Parteimitglied. **Neujahrskarten größte Auswahl!**

**Grosser Räumungs-Verkauf**  
zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 4796  
**Spezialhaus für Herren- und Knaben-Garderobe**  
**Ernst Fiebig, Matthiasstr. 118.**

**Robert Jahn, 50**  
Altenstraße 50  
Ecke Leuthenstraße.

**KULTUR-TRÄGER**  
Schilderungen bedeutender Männer von heute und einst, in allgemein verständlicher Darstellung.  
Die Sammlung wird fortgesetzt.  
Wer etwas für seine Bildung tun und sich nach und nach eine vorzügliche Hausbibliothek anschaffen will, dem seien die von berufenen Federn geschriebenen „Kulturträger“ empfohlen.  
Buddha und der Buddhismus von Dr. J. Reiner.  
Confucius, der Weise von Lu von Dr. J. Reiner.  
Zarathustra von Dr. J. Reiner.  
Moses und sein Werk von Dr. J. Reiner.  
Jesus im Wandel der Zeiten von Dr. Joh. Riehl.  
Mohammed und der Islam von Dr. J. Reiner.  
Giordano Bruno und seine Weltanschauung von Dr. J. Reiner.  
Platon, Leben und Werke von Dr. J. Reiner.  
Jean Jacques Rousseau, der Philosoph des Naturrechts von Dr. E. Lühben.  
Charles Darwin und seine Lehre von Dr. J. Reiner.  
Kant und seine Philosophie von Dr. Joh. Riehl.  
Friedrich Nietzsche, Leben und Wirken von Dr. J. Reiner.  
Leo Tolstoj von Dr. E. Lühben.  
William Shakespeare von Dr. A. Ruest.  
Henrich Ibsen in seinen Gedanken und Gestalten von Dr. E. Norinann.  
Maeterlinck als Philosoph und Dichter von Dr. L. Schring.  
Copernikus und das neue Weltssystem von Dr. L. Stahl.  
Ulrich von Hutten, ein Vorläufer unserer Zeit von Prof. Dr. K. F. Jordan.  
Napoleon I. von Dr. A. Ruest.  
Spinoza, sein Leben und Philosophie von Dr. L. Schring.  
Gallie und das Universum von Dr. L. Stahl.  
Hegel, sein Leben und Wirken von Dr. L. Schring.  
Preis pro Band Mk. 1.—  
**Buchhandlung „Volkswacht“.**

Sonntag, den 12. November 1906.

## Deutscher Reichstag.

160. Sitzung, Donnerstag, den 12. November, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kommissare.

**Präsident Graf Stolberg:** Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich denjenigen, denen es noch nicht bekannt sein sollte mitteilen, daß eine schwere Grubenkatastrophe in westfälischen Bergwerken stattgefunden hat. Ich glaube, in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich schon jetzt sage, daß der Reichstag das aufrichtigste Mitleid mit allen denjenigen hat, welche durch diese Katastrophe geschädigt worden sind. (Lebh. Zustimmung.)

Auf der Tagesordnung steht die Rechnung über den **Gaushalt der afrikanischen Schutzgebiete**, des Schutzgebietes **Neu-Guinea**, der Verwaltung der **Carolinen**, **Palauinseln** und **Marianen** sowie des Schutzgebietes **Samoa** auf das Rechnungsjahr 1906.

**Abg. Erzberger (Zentr.):** Vor 1/2 Jahren hat der Reichstag eine schnellere Erledigung der Rechnungssachen verlangt und jetzt bekommen wir nach acht Jahren die Rechnungen für die Schutzgebiete. Wir müssen auf einer schnelleren Erledigung bestehen. Material ist ebenfalls Rechnungsabführung zu beanstanden. Bedenke, welche Berlin niemals verlassen haben, werden aus dem Etat der Schutzgebiete bezahlt. Dann sollte man lieber der Regierung ein Budgetquantum statt eines ausgearbeiteten Etats überweisen. Die 100.000 Mark, welche zur Unterhaltung von Anstalten in Südwestafrika vor 8 Jahren bewilligt wurden, sind ausgegeben, ohne daß der Rechnungssache rüch, notwendige Nachweise und Belege über die Ausgaben vorhanden sind. Wie können wir mit solcher Nachlässigkeit die Rechnungshofes nicht zufriedener geben, sondern müssen energisch verlangen, daß gegen die schuldigen Beamten disziplinarisch eingeschritten wird und ebenso müssen wir verlangen, daß sie disziplinarisch haftbar gemacht werden für diejenigen Beträge, die ohne Quittungen verausgabt sind. (Zustimmung i. Zentr. und links.)

**Ministerialdirektor Dr. König:** Auf die Eingeklämte des Herrn Vorredners kann ich hier nicht eingehen. Das kann nur in der Rechnungskommission geschehen. Dort wird auch zu prüfen sein, ob im Wege eines Disziplinarverfahrens oder zivilrechtlicher Regressansprüche gegen einen etwa schuldigen Beamten vorgegangen ist. Im übrigen stelle ich fest, daß in neuerer Zeit die Rechnungsabführung des Kolonialverwaltungswesens wesentlich beschleunigt worden ist.

**Abg. Noke (Soz.):** Die letzte Feststellung des Herrn Vorredners erwidert uns nicht von der Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, mit wie unerschütterlicher Nachsichtlichkeit von der Kolonialverwaltung gearbeitet worden ist. Genaugenommen muß dem widersprochen werden, daß die Gouverneure der Kolonien zu der Auffassung berechtigt seien, die vom Reichstag bewilligten Gelder stellen eine Art von Pauschalquantum dar. Wenn das der Fall wäre, hätte der Reichstag nicht einen disziplinierten Etat ausgegeben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein unverantwortlicher Skandal ist es, daß jahrelang in Berlin Kolonialbeamte gelebt haben und ruhig ihre hohen afrikanischen Bezüge weiter in die Tasche gesteckt haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Tatsachen, die vom Rechnungshofe angeführt sind, erinnern uns an die Zeiten der allerhöchsten Koloniallamperei. In Südwestafrika scheint man es nicht für notwendig gehalten zu haben, die allereinfachsten Regeln einer geordneten Rechnungsabführung zu beachten. Im vorigen Jahre wurde uns in der Budgetkommission mitgeteilt, daß für Millionen der in Südwestafrika verausgabten Summen nicht nachzuweisen ist, wo das Geld geblieben ist. Von besonderem Interesse ist die Tatsache, daß in Ostafrika Hunderttausende von Mark verausgabt worden sind, trotzdem sie der Reichstag ausdrücklich abgelehnt hatte.

Der Gouverneur hat einfach unbestimmt um die Beschlässe des Reichstags die Summen angefordert, und es ist zweifellos für uns von Interesse, festzustellen, daß der damalige Gouverneur, unser jetziger Kollege von Liebert ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir haben ja wiederholt das zweifelhafte Vergleichen gehabt, Herr Liebert sich hier als Kolonialfachmann auszuweisen zu sehen. Die Feststellungen sind jedenfalls geeignet, die Sachverständigkeit und die ganze Ausführung des Gouverneurs Liebert in einem außerordentlich bezeichnenden Lichte erscheinen zu lassen. Ich schließe mich der Frage des Herrn Kollegen Erzberger an, was die Kolonialverwaltung angeht, dieser Skandalösen Feststellungen zu tun gedenkt.

**Präsident Graf Stolberg:** Ich bitte Sie, in Bezug auf einen Reichstagsabgeordneten nicht den Ausdruck „Skandalöse Feststellungen“ zu gebrauchen. (Unruhe b. d. Soz.) Bravo! rechts.)

**Abg. Noke (fortfahrend):** Wie die Ausführung des Gouverneurs Liebert zu charakterisieren ist, kann ich nach diesen Feststellungen ruhig dem Haupte überlassen. Jedenfalls wäre es von großer Wichtigkeit, zu erfahren, ob in dem Disziplinarrecht nicht Bestimmungen darüber enthalten sind, daß ein Beamter, der in seinem Verhalten auf den Beschläßen der Volkswirtschaften handelt, unter Anklage gestellt werden kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Gamp (Npt.):** Ich glaube, daß das Haus, dem der Vorredner das Urteil über die Vorkommnisse in Ostafrika überlassen hat, seine Äußerungen in keiner Weise billigt. (Lachen bei den Soz.) Sehr richtig! rechts.) Man mag über manche Vorkommnisse urteilen, wie man will, die Verhältnisse des damaligen Gouverneurs sind so außerordentlich groß, daß die Sympathien des Hauses ihm unter allen Umständen verbleiben. (Bravo! rechts, erneutes Lachen bei den Soz.) Ich habe irgend jemand im Hause, ob es möglich ist, im Falle irgend eines Feldzuges Quittungen über alle Sachen, die verausgabt sind, beizubringen. (Lachen bei den Soz.) Sehen Sie, ich nehme Sie das an, weil Sie selbst einsehen, daß es Unfug ist.)

**Präsident Graf Stolberg:** Herr Abgeordneter...  
**Abg. Gamp:** Ich nehme den Ausdruck zurück! (Gr. St.) Wir werden ja in der Rechnungskommission genügend Auskunft bekommen. Jedenfalls ist bei der Rechnungsabführung aus den Kolonien ein anderer Maßstab anzulegen, als bei der Rechnungsabführung im deutschen Reich.

**Abg. Dr. Goerke (Natl.):** Gerade jetzt, wo wir dem Volke große Lasten auferlegen wollen und müssen — wir können ja gar nicht anders — haben wir alle Verantwortung sorgfältig zu prüfen, daß die großen Summen, welche hinausgehen, in Bezug auf ihre Verwendung wenigstens richtig geprüft werden.

**Abg. Erzberger (Zentr.):** Es handelt sich hier nicht um Dinge, die wegen kolonialer Eigenart, will ich einmal sagen, keine korrekte Buchung verlangen, sondern um sehr einfache zu buchende Dinge. Für die 100.000 Mark zur Unterhaltung von Anstalten müssen unbedingt Quittungen da sein, da das Geld fort ist. (Sehr richtig! im Ztr. und links.)

**Dr. Arning (Natl.):** Man sollte doch bedenken, daß es sich hier nicht um Rechnungen aus der neuesten Zeit handelt, sondern um solche aus dem Jahre 1900, wo die Kolonien erst im Entstehen waren. Heute werden die Rechnungen jedenfalls anders ausfallen. Bei Rechnungsfragen sollte man sich aber nicht auf politische Gegensätze stützen.

**Abg. v. Liebert (Npt.):** Ich bin nicht für diese Dinge allein verantwortlich; denn ich habe den Gouverneursposten schon Mitte 1900 abgegeben und der Etat zählt vom 1. April, jedoch am meine Zeit nur etwa zwei Monate kommen. Auch bin ich als Gouverneur doch nicht allein verantwortlich.

**Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):** Mit der Entschuldigung des Herrn Liebert ist wenig gewonnen. Ob er für 2 oder 12 Mo-

nate verantwortlich ist, ändert an der Sache nichts. (Lebh. Wohlw.) Wir wollen doch heute nicht dasselbe Schauspiel erleben, wie gestern und vorgestern, daß von der Stelle, die es angeht, die Verantwortung auf subalterne Stellen abgewälzt wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Gamp hat doch sonst zur Sparsamkeit, aber ohne Ordnung gibt es keine Sparsamkeit. Er wünscht Verweisung der Sache an die Kommission, also Verhandlung außerhalb der Öffentlichkeit. Aber öffentlich ist gefragt nach den Quittungen für die Entschädigungen an die Farmer und eine Antwort ist noch nicht gegeben. Sie muß aber öffentlich gegeben werden. Öffentlich ist weiter gefragt, warum man wie vor tropische Gehälter für Leute gezahlt werden, die unter den Linden spazieren gehen. Auch hierauf muß öffentlich geantwortet werden. Es muß Ordnung herrschen, wie in Deutschland, so auch in den Kolonien. (Zustimmung bei den Soz.)

**Abg. Erzberger (Zentr.):** Ich frage Herrn v. Liebert, wer denn die Gelder für die Ostafrikanische Zentralbahn ausgeben hat, trotzdem sie der Reichstag nicht abbilligt hat. Wie ist mitgeteilt, daß Herr v. Liebert jetzt die Verantwortung dafür auf Subalternbeamte abwälzen will. (Sehr wahr!) Herr Gamp meint, es komme bei allen diesen Vorwürfen doch nichts heraus. Ist ihm denn nicht bekannt, daß z. B. erst vor kurzem Herrmann zur Kurückzahlung von zwei Millionen 750.000 Mark verurteilt worden ist? (Hört, hört!)

**Abg. v. Liebert (Reichsp.):** Ich muß es ablehnen, mich hier weiter zu verteidigen, ich glaube, ich bin dazu gar nicht berechtigt. (Lachen b. d. Soz.) Der Chef der Kolonialverwaltung, der mich entbinden könnte, ist nicht hier. Was die Zentralbahn anbelangt, so möchte ich doch glauben, daß damals von Berlin aus Anordnungen und Befehle gekommen sind. (Hört, hört! im Zentrum.) Wir haben leichte Arbeiten voranommen für den Fall, wenn das Dekret von Berlin käme, daß die Bahn gebaut werden soll. Bei anderer Gelegenheit, vor der Kommission oder sonst, bin ich zu jeder Auskunft bereit.

**Ministerialdirektor Dr. König:** Auf die Belegung von Ausgaben durch Quittungen selbstverständlich unerlässlich sei, und legt dar, daß die Rechnungen aus der Zeit des südwestafrikanischen Krieges in mehreren Rufen aus Afrika angekommen seien und durch ein besonderes Bureau geprüft wurden.

**Abg. Noke (Soz.):** Den Entschuldigungsreden des Herrn Arning müssen wir entschieden entgegenreden. Wenn der Reichstag sein Kontrollrecht wahren will, muß er darauf bestehen, daß nicht zu sehr Geld ausgegeben wird, als er bewilligt hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gewiß, es können im Krieg Rechnungswesen verloren gehen, aber hier handelt es sich um fehlende Nachweise für viele Millionen. (Hört, hört!) Die Person des Herrn Liebert ist uns recht gleichgültig; für uns handelt es sich darum, daß der Gouverneur von Ostafrika Gelder, deren Verwendung der Reichstag abgelehnt hatte, ausgegeben hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die rührende Bekendtheit, die sich Liebert auferlegt, ist recht bedauerlich. Die Anhebung des Herrn Liebert, es sei damals ein Brief von Berlin gekommen, die nicht kassierten Gelder zu verausgaben, wird ein bezeichnendes Licht darauf, wie manchmal Beschlässe des Reichstages von der Regierung beachtet werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Die Rechnung geht an die Rechnungsabfertigung.

### Es folgen Petitionen.

Auf Antrag **Vassermann (Natl.)** werden eine Anzahl Petitionen, die sich auf die Reform der Zivilprozessordnung und auf ein Automobil-Draftpflichtgesetz beziehen, den betreffenden Kommissionen als Material überreicht.

Hierauf wird die Beratung der Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande betr.

### Schwarze Listen und Uebertrittsverweine

am Bergwerksbetriebe fortgesetzt.

**Abg. Behrens (Wirtsch. Vng.):** Gedankt des neuesten Bergarbeiter-Lingens und hofft, daß es gelingen wird, möglichst viel Arbeiter zu retten. Redner kritisiert das Vorgehen der Bergwerksbesitzer mit schwarzen Listen, das gegen die guten Sitten und gegen die Gesetzgebung verstoße.

**Abg. Sachse (Soz.):** Zunächst will ich dem Herrn Präsidenten und dem Haupte laut dafür ausdrücken, daß sie heute der vernünftigen Vorsicht gedacht haben, was wir bisher noch nie erlebt haben. Die Bergarbeiter werden es begrüßen, daß der Reichstag so schweren Unfällen mehr Aufmerksamkeit zuwenden als früher. Die Zahl der tödlichen Unfälle im Bergwerksbetriebe ist sehr groß. Sie betrug im Jahre 1907, obgleich sich nur wenige große Unfälle ereigneten, 1700. Mit Rücksicht auf diesen Verunglückten ist auch das Uebertrittsverweine zu erwähnen, um dessen Vermeidung die Petenten bitten. Die Unfälle im Bergwerksbetriebe sind von 12,19 pro Tausend im Jahre 1900 auf 15,71 im Jahre 1906 gestiegen. Ich bitte das Haus, der Petition beizutreten, damit die Regierung den Arbeitenden durch gesetzliche Maßnahmen Rechnung trägt. Es wird gesagt, solche Vorschriften seien nicht nötig, nachdem durch Artikel 1 der preussischen Bergarbeitergesetz ein Gesundheitsbeirat geschaffen sei, der die Uebertrittsverweine jederzeit verbieten könne. Dieser Beirat steht aber lediglich auf dem Papier, er ist seit den drei Jahren meines Wissens noch gar nicht zusammenberufen worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Arbeitgeber tun so, als wenn sie sich durch die schwarzen Listen gegen ein rigoroses Vorgehen von Arbeiterverbänden wenden müßten. Die schwarzen Listen aber, die auf dem Tisch des Hauses niedergelegt sind, sind zu einer Zeit geschaffen worden, wo die Arbeiterorganisationen wieder in eine Bewegung eingetreten waren, nach mit Streik drohten. Ja, noch ehe in Deutschland ein Bergarbeiterverband bestand, sind die Zeichenherren mit schwarzen Listen und Aussperrungen vorgegangen.

### Ein Geheimdokument

#### der ostpreussischen Grubenmagazinen

vom 11. August 1906 besteht, daß die Unternehmer auch gegen die Beamten mit schwarzen Listen vorgehen. Die Unternehmer werden in dem Rundschreiben aufgefordert, alle Zeichen der zum Austritt aus dem Technikerverband zu veranlassen, weil dieser Verband geeignet sei, den Fortschritt im Gewerbe zu fördern. (Hört, hört! links.) Ich lese hier wieder die neueste schwarze Liste vor, die wiederum gegen 3200 Namen enthält. Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt haben keinen Paragraphen gefunden, um gegen die Bergherren und Zeichenverwaltungen vorzugehen. Gaudette es sich um Arbeiter, so würde man schon ein Paragraphen finden, wenn keinen anderen, so den großen Unfug-Paragraphen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Treuebündnis der Herren richtet sich aber nicht nur gegen die Arbeiter. So droht der Bergbauliche Verein in Niederschlesien, weil

### der Ostpreussische Magistrat nach Arbeitern

annonciert, diesem dafür Repressalien an. (Hört, hört! bei den Soz.) Wahrscheinlich sollen nach Ostpreußen keine Kohlen mehr geliefert werden. (Weiterkeit.) Trotz des Ueberflusses an Arbeitskräften, der gerade jetzt vorhanden ist, zieht man Arbeiter aus dem Zustande heran; so hat die Landarbeiterzentrale eine Filiale in Essen, also mitten in Industriegebiet. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf der neuesten schwarzen Liste, die ich auf den Tisch des Hauses niedergelegt habe, finden sich 161 Namen von Arbeitern der Firma De Wente. (Hört, hört! bei den Soz.) Dieselbe Firma, welche 161 Leute wegen Lumpereien für sechs Monate auf die Straße wirft, wendet sich an den Vorkauf der Reichsanstalt des Herrn von Bodelschwingh um Arbeitskräfte.

Wenn die Schornmaier nicht endlich in sich gehen, wenn die Regierung ihr Ohr verliert, wenn der Reichstag die Petitionen nicht einstimmig dem Reichsanwalt zur Verhängung überweist, so machen sich Schornmaier, Negler und auch das hohe Haus mit Gulbig an dem Fortbestehen dieser himmelschreienden, dieser faulstüchigen Zustände im Bergbau. (Lebhafte Bravo! bei den Soz.)

**Abg. Macken (Zentr.):** Die Katastrophe sollte uns ein warnendes Beispiel sein. Wir verlangen nach wie vor reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts, nachdem die Landesgesetzgebung völlig verlagert hat. Die Petition meiner Vorredner trafen fast überall an. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die gesetzlichen Vorschriften sollten auch für die Zeichenverwaltungen bindend sein. (Lebh. Beifall im Zentrum und links.)

**Abg. Gothein (Frel. Vng.):** Die Katastrophe sollte uns zum Eintritte für die Forderungen der stets arg gefährdeten Bergarbeiter bewegen. Die schwarzen Listen sind geradezu die Ueberlieferung der gebildeten Personalisten. Da die Schornmaier ihrerseits die Arbeiterorganisationen nicht anerkennen wollen, so muß die Gesetzgebung einwirken. (Lebh. Beifall links.)

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Es ist tief beauerlich, daß gerade am Tage der furchtbaren Katastrophe der beklagenswerte Zwiespalt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Berggewerbe hervortreten mußte. Auch wir empfehlen die Petitionen zur Berücksichtigung, obwohl manche Uebertrittsverweine in ihnen enthalten sind. Auf den schwarzen Listen stehen meist arbeitsscheue oder wegen Verfehlungen entlassene Arbeiter.

**Abg. Suse (Soz.):** Ich kann mitteilen, daß nach einem mit ausgegangenen Telegramm das Grubenunglück nicht so viele Opfer gefordert hat wie man annahm. Aber ich muß auch feststellen, daß auf derselben Höhe schon vor 14 Tagen ein Schlagwetterschlagung stattgefunden hat. (Hört, hört! bei den Soz.) und daß in den letzten Monaten außerordentlich viel Klagen der Arbeiter über Mißstände auf dieser Grube laut geworden sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Als in der Bergarbeiterzeitung ein Artikel erschien, der den Grubenherren mißfiel, schandete man nach dem Verfasser des Artikels. Was geht das die Bergbesitzer an? Sie soll darauf achten, daß solche heillosen Uebertrittsverweine vorkommen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ferner schreibe Sie sie ist, daß kein Vertreter hier zur Stelle ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Schuber behauptet, daß die zum Vergleich unglücklichsten Jahre in der Petition herangezogen sind. Das ist nicht wahr; die Petition ist vielmehr bei allen Jahren sehr eingehend zusammengestellt. Die Senkung des Lebensalters der Bergleute stellt eine große Einbuße an Nationalkapital dar. In dem Bestreben, den häufigen Wechsel der Arbeiter einzudämmen, sind wir mit den Vertretern der Industrie einig. Wenn aber Herr Schuber sagt, die Absicht der Unternehmer dabei ist, Unfälle zu verhüten, nun warum wehren sich dann die Herren mit Klagen und Forderungen gegen jede Einrichtung zum Schutz der Bergleute? Ist die Verhütung von Unfällen das Leitmotiv der Unternehmer ist, nun, wer das glaubt, liegt einen Taler. (Heiterkeit bei den Soz.) Interessant war es, daß Herr Schuber sagte, die Bergarbeiter wechseln deshalb so häufig ihre Stellung, um sich dem Gerichtsvollstreckung zu entziehen. Das Material, das er hierüber beibrachte, zeigt geradezu erschreckend die Verarmung der Arbeiter. Wir werden auch nicht verfehlen, dies uns noch unbekanntes Material zu beibringen. Herr Schuber sagt, wer auf der schwarzen Liste steht, sei nicht für jedes Monats ausgebehalten, sondern könne auf der alten Liste wieder angenommen werden. Das heißt, er soll wieder in das alte Buch eingeschrieben werden, unter die Herren, die Anklagen, Richter und Strafvollstreckung zugleichen sind. Mit dieser faulen Ausrede des Verbandes will man nur verdecken, was man den Leuten Verschuldetes getan. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch die Behauptung, daß nur kontraktbrüchige Arbeiter auf der schwarzen Liste kommen, ist falsch. Das unethische Verhalten jüdischen Arbeitern und Unternehmern hob Herr Schuber auf die „Verheerung“ durch die Gewerkschaften. Das ist mit Unrecht, wenn er Kontraktbruch und Insubordination in einem Atemzug gebraucht. Die Bergherren sehen eben in den Bergarbeitern nicht freie Arbeiter, sondern Untergebene. Herr Schuber betonte, er sei von Bergarbeitern gemißt worden. Welche aber mit welchen Mitteln? (Sehr gut! bei den Soz.) Wir werden noch Gelegenheit finden, die sagarabischen Wahlsprüche hier zu besprechen. Man hat dort die Leute zur Bundesfeier, zur Heuschnee erzoogen; sie sehen in dem Vorgehen nicht einen gleichgestellten Staatsbürger, sondern einen Mann, dem man auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es wird eine ernste Würdigung des Unfalls von Rabbod sein, wenn wir diese Petition der Regierung zur Verhängung überreichen. (Bravo! bei den Soz.)

**Abg. Behrens (Wirtsch. Vng.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

**Abg. v. Schuber (Natl.):** Ich bitte die Regierung, die Petition der Vereinigten Bergarbeiter-Verbande zu berücksichtigen.

## Aus Schlesien und Polen.

### Wie die national-polnische Presse die Sozialdemokratie bekämpft.

In welcher schimpflicher Weise manche national-polnische Blätter belächeln, die verhasste Sozialdemokratie zu bekämpfen, dafür liefert ein druckisches Beispiel der „Kurier Słaski“, das Blatt des polnischen Reichs- und Landtagsabgeordneten **Orszanich**. In einem Leitartikel „Sozialisten und Religion“ wird die Rede des Landtagsabgeordneten **Genossen Adolf Söllmann** zum Entwurf des Gesetzes über die Aufhebung der Gehälter der Geistlichen weidlich ausgedeutet, wobei der Erzherzog alles auf den Kopf stellt und mit der Wahrheit in frapantester Weise umgeht. Unter anderem wird da geschrieben:

„Söllmann hat im Landtage in Brunnau und höchst unangenehm Weise die Existenz Gottes, die Unsterblichkeit der Seele, alles, an was jeder Christ glaubt, verneint. Seiner Meinung nach ist der Glaube an Gott und an das Jenseitsleben nur eine Erfindung der Religion, damit sie die Armen auf der Erde ausbilden können. Die Kirche und die Gesellschaft pflegt diese Erfindung nur deshalb, damit die Religion das Paradies auf der Erde haben, und dadurch ist die Kirche nur das Werk der Ausbeutung der Armen in den Händen der Religion und die Gesellschaft geistliche Sklaven in den Händen der Kapitalisten, für diese Dienste durch sie bezahlt.“

Das waren die Ausführungen der Sozialisten im preussischen Landtage über den Glauben und Kirche, sagt der „Kurier Słaski“.

Da haben wir es — jedes Wort eine freche Lüge und Verdrehung! Und die Schlussfolgerung aus dem ganzen elenden Geschwätz!

